Monatsspiegel

April 2012

SPD Erlangen

Adressaufkleber

Frieden durchsetzen – gewaltfrei!

Aufruf zum Ostermarsch am 9. April 2012 in Nürnberg

In der UNO-Charta sind wesentliche Prinzipien des Völkerrechts verankert: Souveränität, Gleichberechtigung und territoriale Integrität der Staaten, das unbedingte Gewaltverbot sowie das Verbot, sich in die inneren Angelegenheiten von Staaten einzumischen.

Das Völkerrecht wird täglich verletzt und als realitätsfern verunglimpft. Der Einsatz von Waffengewalt, also Krieg, wird als Lösung vieler Probleme dargestellt. Wirtschaftliche Interessen werden dabei verschwiegen.

Vergessen scheint, dass die Bundeswehr laut Grundgesetz nur zur Landesverteidigung eingesetzt werden darf. Sie wird seit Jahren zur Interventionsarmee umstrukturiert. Sie wirbt für mehr Personal in psychologisch aufbereiteten Werbeauftritten in Schulen, in Arbeitsagenturen und in der Öffentlichkeit.

Protest ist angesagt!

Die neu formierte Bundeswehr setzt den Krieg in Afghanistan fort gegen den Mehrheitswillen in unserem Land. In Afghanistan ist die tägliche Realität nach wie vor katastrophal. Keines der angeblichen Ziele im „Krieg gegen den Terror“ ist erreicht. Im Gegenteil: Keine demokratischen Verhältnisse, keine wirtschaftliche Gesundung, Zerstörungen und die Anzahl der Toten nehmen zu. Der Krieg weitet sich aus auf den Brandherd Pakistan. Er wird dort Probleme genau so wenig lösen. Unsere Forderung ist nach wie vor: Bundeswehrsoldaten sofort raus aus Afghanistan!

Die Berichte über das Leben im Irak führen uns übrigens deutlich vor Augen, wie verheerend sich eine kriegerische Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates auswirkt. Die wenigen Nachrichten über die Entwicklung in Libyen nach dem „Krieg der Willigen“ gegen den ehemaligen „Freund“ Gaddafi zeichnen eine undurchsichtige Lage. Es gibt erste Anzeichen kriegerischer Auseinandersetzungen unter den neuen Regierenden.

Sanktionen gegen den Iran, die letztlich die Zivilbevölkerung treffen, werden beschlossen und die Kriegsdrohungen nehmen zu. Über einen offenen Krieg gegen Syrien wird laut nachgedacht. Das Interesse an den großen Vorkommen von Erdöl und Erdgas in der Region verschärfen die Situation. Dabei ist die Region nicht zuletzt aufgrund des Nahostkonflikts und des unerklärten Kriegs in Kurdistan bereits ein Pulverfass.

Erheben wir unsere Stimme gegen weitere Kriege!

Kriege brauchen Soldaten, Kasernen, Übungsplätze ... und Waffen. Unsere Region braucht eine sinnvolle Infrastruktur und keine Militäranlagen.

Die Welt braucht keine Rüstungsexporte

Deutschland steht auf Platz drei der Liste der Todbringer, genau das sind sie, die Produkte der Rüstungsindustrie. Neben

Fortsetzung auf Seite 3

07.04.	11:00	Ostermarsch-Kundgebung Erlangen	Hugenottenplatz	S. 24
09.04.	14:00	Ostermarsch-Auftakt Nürnberg	Kopernikusplatz	S. 24
09.04.	15:00	Ostermarsch-Kundgebung Nürnberg	Lorenzkirche	S. 24
10.04.	20:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammung	Schlossgaststätte	S. 21
11.04.	20:00	Distrikt Süd: Jahreshauptversammlung	Röthelheim-Biergarten	S. 20
16.04.	20:15	Jusos: Mitgliederversammlung	August-Bebel-Haus	S. 23
17.04.	19:00	Distrikt Eltersdorf	Schützenhaus	S. 19
18.04.	20:00	AsF: Jahreshauptversammlung	August-Bebel-Haus	S. 23
19.04.	20:00	Kreismitgliederversammlung	BSC Erlangen	S. 3
20.04.	20:00	Linkes Forum Erlangen	Orpheus	S. 13
24.04.	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktsversammlung	Kulisse	S. 19
25.04.	19:00	Stadtgespräch: Zukunft der Erlanger Bäder	BSC Erlangen	S. 3
25.04.	20:00	Wirtschaftspolitischer Arbeitskreis	August-Bebel-Haus	S. 5
25.04.	20:00	Distrikt Ost: Distriktsversammlunng	Waldschänke	S. 19
30.04.	20:15	Jusos: Mitgliederversammlung	August-Bebel-Haus	S. 23
01.05.	10:00	DGB-Maidemonstration	Gewerkschaftshaus	S. 7
01.05.	11:00	DGB-Maikundgebung	E-Werk	S. 7
02.05.	20:00	Arbeitskreis Internationale Politik	August-Bebel-Haus	S. 8
02.05.	20:00	AsF/Jusos: Politik für Schwule und Lesben	August-Bebel-Haus	S. 23
08.05.	20:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammung	Schlossgaststätte	S. 21

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
Vorsitzender: Dieter Rosner
Geschäftsführerin: Sabine Wehner
Friedrich-List-Straße 5,
91054 Erlangen
Telefon: 09131-8126522
Fax: 09131-8126513
E-Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: www.spd-erlangen.de
Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,
BLZ 76350000, Konto-Nr. 12005

Bürozeiten:

Montag	08:00 bis 12.00 Uhr
Dienstag	08:00 bis 12:00 Uhr
Mittwoch	08:00 bis 12:00 Uhr
Donnerstag	10:00 bis 14:00 Uhr
Freitag	geschlossen

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
Vorsitzender: Dr. Florian Janik
Geschäftsführerin: Saskia Coerlin
Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Telefon: 09131-86-2225
Fax: 09131-86-2181
E-Mail: spd@stadt.erlangen.de
Internet:www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten

Montag	09:00 bis 12.00 Uhr
Dienstag	09:00 bis 12:00 Uhr
Mittwoch	09:00 bis 12:00 Uhr
Donnerstag	09:00 bis 12:00 Uhr
Freitag	geschlossen

Impressum

Herausgeber
SPD-Kreisverband Erlangen
Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen

Presserechtliche Verantwortung und Leitung
Philipp Dees
Lichtenfelser Weg 6
91056 Erlangen
Telefon: 09131-483791
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Mitarbeit: Lars Thomsen

Druck: Gutenberg Druck und Medien, Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

der unmittelbaren tödlichen Wirkung verschleudert Aufrüstung Gelder, die weltweit, also auch bei uns, dem Sozialbereich entzogen werden.

Wir fordern Abrüstung statt Sozialabbau!
Eine andere Welt ist möglich und nötig. Die gewaltigen Probleme der Menschen auf unserer Erde wie Armut, Unterentwicklung, die drohende Klimakatastrophe müssen wir gemeinsam angehen. Dazu brauchen wir Frieden und die Achtung der Menschenrechte.

Gehen Sie dafür mit uns am 9. April zum Ostermarsch in Nürnberg!

Der Kreisvorstand der Erlanger SPD hat sich diesem Aufruf des Nürnberger Friedensforums am 15. März 2012 einstimmig angeschlossen.

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur

Kreismitgliederversammlung

am Donnerstag, den 19. April 2012, 20.00 Uhr
Sportgaststätte des BSC, Schallershofer Straße 70a

Als Tagesordnung schlagen wir Euch vor:
1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder
2. **Für eine Politik, die Frieden schafft**
   Referent: Dr. Peter Schönlein, Altoberbürgermeister der Stadt Nürnberg
3. Anträge (siehe Seiten 14 und 15)
4. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften
5. Verschiedenes

Dieter Rosner Dirk Goldenstein Sandra Radue

Aufruf zu den Delegiertenwahlen zur Nominierung der Kandidatinnen/Kandidaten für die Bundestagswahl, Landtagswahl und Bezirkstagswahl 2013

Bei der Kreismitgliederversammlung am Donnerstag, den 21. Juni wollen wir Delegierte des Kreisverbandes Erlangen Stadt wählen:
a) 20 Delegierte zur Nominierung des/der Bundestagskandidaten/-kandidatin. Diese findet am Freitag, den 20. Juli 2012, 19.00 Uhr statt.
b) 29 Delegierte zur Nominierung des/der Kandidaten/in für die Landtagswahl/Bezirkstagswahl. Diese findet am Donnerstag, den 18. Oktober 2012, 20.00 Uhr statt.

Hast du an diesen Tagen Zeit? Dann lass dich am 21. Juni als Delegierte/r wählen! (Voraussetzung: Deutsche Staatsangehörigkeit, Hauptwohnsitz in Erlangen)
Bitte melde Dich im Parteibüro bei unserer Geschäftsführerin Sabine Wehner, Telefon 8126522 oder per Mail an buero@spd-erlangen.de

Einladung zum Stadtgespräch:

Wie geht es weiter mit den Erlanger Bädern?

25. April 2012 um 19 Uhr

im großen Saal des BSC, Schallershofer Str. 70 a

Frauenempfang 2012: Frauen beREICHern

Von Gisela Niclas
stellvertretende Unterbezirksvorsitzende, Bezirksrätin, Stadträtin

Über 100 Frauen und auch einige Männer waren zu begrüßen, darunter drei Bürgermeisterinnen: Unsere Genossin Renate Schroff aus Herzogenaurach, Birgit Aßmus (CSU) und Dr. Elisabeth Preuß (FDP) aus Erlangen. Das „Markenzeichen“ des Frauenempfangs ist ein breites gesellschaftliches Gäste-Spektrum. Es reichte auch in diesem Jahr wieder von SPD über IG Metall bis Zonta, von Arbeitsamt bis Volkshochschule, von Amnesty bis Zentrum Selbstbestimmtes Leben, vom Bürgerverein Goethestraße bis zur Jüdischen Kultusgemeinde u.a.

TeilnehmerInnen des Frauenempfangs (Bild: Rosa Niclas)

Gleichstellung: anhaltende Lieferschwierigkeiten bei Schwarz-Gelb

Nach der Begrüßung die obligatorische Frage: Was gibt es Neues aus Berlin in Sachen Gleichstellung? Antwort: Bald wieder einen neuen Bundespräsidenten. Seine Position zu „Demokratie und Freiheit“ kennen wir bereits, seine Position zu „Demokratie und Gleichstellung“ noch nicht. Was tut die Kanzlerin? Anwort: Nichts. In Sachen Gleichstellung hat Schwarz-Gelb anhaltende Lieferschwierigkeiten.

Gleichstellung ist eine Frage der politischen Grundhaltung

Merke: Frauen in Führungspositionen garantieren nicht automatisch Gleichstellung. Das ist und bleibt eine Frage der politischen Grundhaltung. Wer Gleichstellung will, muss sich selbst in die Politik einmischen, konkret: In die Parteipolitik! 2013 wird gewählt: Bundestag, Landtag und Bezirkstag, 2014 sind Kommunalwahlen. Gisela Niclas forderte zu aktiver Einmischung auf, nicht erst am Wahltag, ab sofort. Die SPD will mit dem Projekt Sofia interessierte Frauen dabei unterstützen. Denn: Frauen verdienen immer noch 23 Prozent weniger als Männer, sie sind immer noch stärker betroffen von prekärer Beschäftigung, sie sind in wachsendem Maß betroffen von Altersarmut.

Frauen beREICHern heißt: Unsere Forderungen durchsetzen

- Entgeltgleichheitsgesetz
- flächendeckender Mindestlohn
- Begrenzung von Leiharbeit und prekärer Beschäftigung
- Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft
- Mindestquote für Vorstände und Aufsichtsräte

Es geht nicht ohne Quote: Mit der „Initiative Pro Quote“ fordern nun auch die Journalistinnen und Journalisten 30 Prozent Frauen in den Führungspositionen der Medienhäuser und Redaktionen. Zeitungen bilden Meinungen: Laut einer repräsentativen Umfrage der GfK Marktforschung Nürnberg im Auftrag der Apotheken-Umschau wünschen sich vor allem Männer das traditionelle Modell von der Frau als Hausfrau und Mutter zurück. 47,1 Prozent der befragten Männer betonen, dieses habe sich über Jahrhunderte bewährt und sollte wieder an Bedeutung gewinnen. 35,9 Prozent der Frauen pflichten dem bei. Vor diesem Hintergrund bleibt die Quotendiskussion anstrengend und ist trotzdem notwendig. Die Quotendebatte ist erst vorbei, wenn unsere Kernforderungen Gesetz und in allen Köpfen angekommen sind.

von links: Stadträtin Barbara Pfister, AsF-Unterbezirksvorsitzende Marina Linke-Speth, Gisela Niclas und die Referentin Dr. Martine Herpers (Bild: Rosa Niclas)

Mehr Frauen im Management verbessern die Qualität im Unternehmen

Dr. Martine Herpers, Informatikerin und Geschäftsführerin von Quality and Gender Consulting (QGC), ging in ihrem Vortrag nicht nur auf die neuesten Entwicklungen in Sachen Quote und Gleichstellung ein; sie berichtete auch aus ihrem Fundus als Führungskraft in der Wirtschaft und ihrer Arbeit als selbstständige Unternehmensberaterin. Die Initiatorin der „Nürnberger Resolution“, Unterstützerin der „Berliner Erklärung“ und Preisträgerin 2010 des Frauenförderpreises der Stadt Nürnberg vertrat und belegte die These: Mehr Frauen im Management verbessern die Qualität im Unternehmen, mehr Qualität führt zu mehr wirtschaftlichem Erfolg. Gleichstellung ist nicht die Übernahme männlich geprägter Strukturen der Arbeitswelt durch Frauen. Dr. Herpers, auch Lehrbeauftragte und Mitglied im Kompetenzzentrum „Gender and Diversity“ an der Ohm-Hochschule, plädiert für eine neue Kultur des Miteinander in Betrieb und Arbeitswelt; dazu gehören gleicher Lohn für gleiche Arbeit ebenso wie gleichberechtigte Aufteilung von Familienarbeit zwischen Männern und Frauen einschließlich ausgewogener Arbeitszeitmodelle.

Eine Unternehmensberaterin auf einem SPD-Frauenempfang?
Bei Sekt und Selters wurde deutlich: Damit taten sich einzelne BesucherInnen schwer. Sie meinten, dass wir uns viel eher um den Mindestlohn oder die die Pflegekräfte kümmern müssten als um die Besetzung der Managementposten. Ich meine: Nein. Es muss uns als SPD um Beides gehen, um den Mindestlohn und die Führungspositionen. Darum ist der Dialog wichtig. Mit einer Unternehmensberaterin. Beim SPD-Frauenempfang.

Bild: Rosa Niclas

Sonja Tonn: Frauenpower pur
Herzlichen Dank an Sonja Tonn und Wulli Wullschläger für ihren starken musikalischen Auftritt. Sonja Tonns Stimme ist Frauenpower pur! Wulli muss glücklich sein, mit dieser Frau zusammen Musik zu machen. Messerscharf präsentiert beschwor der Mackie Messer Song den alltäglichen Kampf im Haifischbecken des internationalen Finanzkapitals. Dagegen stehen starke Songs von starken Frauen wie Janis Joplin, Amanda Marshall, Joan Baez, Ella Fitzgerald, Whitney Houston, Nena u.a. und versprechen: Das Große bleibt Groß nicht und Klein nicht das Kleine, wenn wir es nur mit aller Kraft wollen....

Frauen in Nicaragua beREICHern

SPD-Frauen unterstützten am Samstag vor dem Frauenempfang die Öffentlichkeitsaktion von Aktion Amnesty International für die Frauen in Nicaragua. Am 26. Januar wurde dort 22 Jahre nach der erfolgreichen sandinistischen Revolution und nach langem Kampf vor allem der Frauen ein Gesetz gegen Gewalt an Frauen verabschiedet. Endlich soll Gewalt gegen Frauen unter Strafe gestellt werden. Es ist jetzt auch an uns, im Rahmen der Städtepartnerschaft die Frauen in San Carlos und Nicaragua bei der konsequenten Anwendung und Umsetzung des Gesetzes zu unterstützen. Zahlreiche Unterschriften wurden gesammelt für eine entsprechende Petition an Präsident Daniel Ortega.

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im April Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute

01.04. Renate Habermeier-Straube
71 Jahre

03.04. Otto Seidl
99 Jahre

08.04. Andreas Lochner
76 Jahre

09.04. Wolfgang Niclas
60 Jahre

14.04. Martin Böller
71 Jahre

15.04. Manfried Symanek
80 Jahre

17.04. Harald Völker
60 Jahre

17.04. Martin Scheidig
89 Jahre

17.04. Paul Hartner
87 Jahre

19.04. Renate Bauer
60 Jahre

20.04. Waltraut Symanek
78 Jahre

20.04. Claus Uhl
73 Jahre

20.04. Armin Braun
73 Jahre

22.04. Heinrich Häusinger
74 Jahre

27.04. Heide Wegener
80 Jahre

27.04. Heidrun Schroeder
75 Jahre

27.04. Ruth Maly
75 Jahre

28.04. Brunhilde Hummich
72 Jahre

Wirtschaftspolitischer Arbeitskreis

Wir treffen uns wieder am

Mittwoch, 25. April, 20 Uhr im August-Bebel-Haus

Themen:
- Aktuelles
- „Verteilung Steueraufkommen“ (Gert Büttner, Fortsetzung vom 15. Februar)
- Staatsverschuldung (Munib Agha)
- Euro-Memorandum 2012, Abschnitt 2 „Eine falsche Politik liefert die falschen Ergebnisse – Kritik an der EU-Politik“ (Helmut Pfister)

Wie jeder Arbeitskreis des Kreisverbands ist auch der WiPo-AK natürlich offen für alle Interessierten, ob SPD-Mitglieder oder nicht. Wir freuen uns über jede/n, die/der mitarbeiten, mitdiskutieren oder auch nur erstmal zuhören will

.

Helmut Pfister

Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Mai 2012
20. April 2012

Jusos Erlangen auf der Bezirkskonferenz 2012

Von Marius Köstner

Am 17. März fand in Schwaig die diesjährige Juso-Bezirkskonferenz Mittelfranken statt. Die Jusos des Unterbezirks Erlangen schöpften ihre Delegiertenzahl voll aus und waren mit fünf stimmberechtigten Mitgliedern vertreten und quotiert. Katrin Hurle konnte erfolgreich in den Vorstand gewählt werden und ist nun stellvertretende Vorsitzende des Bezirks Mittelfranken, Philipp Dees wurde erneut für den Landesvorsitz nominiert und die Anträge der Erlanger JungsozialistInnen, beispielsweise zum Fiskalpakt, zur Beschränkung von Lobbyismus oder möglichen Bundeskoalitionen, wurden mit großer Mehrheit angenommen.

Die Erlanger Jusos auf der Bezirkskonferenz (von links): Marius Köstner, Johanna Pfister, Philipp Dees, Robert Sippl, Katrin Hurle, Munib Agha

Schon am Freitagabend trafen wir uns im August-Bebel-Haus, um ein letztes Mal über die vorliegenden Anträge zu diskutieren und mögliche Änderungsanträge zu formulieren. Das inhaltliche Spektrum war sehr weit gefächert und schnell wurde uns klar, dass wir einige Anträge abändern müssen, um diesen zustimmen zu können. Außerdem berieten wir darüber, wer von uns welchen unserer Anträge vorstellen solle und wie wir unsere Kritik am besten vermitteln konnten.

Am Samstag machten wir uns dann auf den Weg nach Schwaig. Hier war alles bestens organisiert, so dass einer intensiven Diskussion nichts mehr im Wege stand. Nach einigen Grußworten ging es dann auch an die richtige Arbeit: Für das Arbeitsprogramm des Bezirksvorstandes hatten wir umfassende Änderungsanträge eingebracht, die auf große Zustimmung trafen und sofort übernommen werden konnten.

Bei den parallel ablaufenden Wahlgängen konnte Katrin als stellvertretende Vorsitzende gewählt werden – eines unserer Hauptziele für diesen Tag.

Die Diskussionen zu den einzelnen Anträgen verliefen teilweise um einiges ruhiger, als wir im Vorfeld gedacht hatten. Wir hatten da eigentlich mit mehr Konfliktpotential gerechnet, aber letztendlich konnten wir uns auch an kritischen Stellen mit unseren Änderungen durchsetzen. Der Leitantrag wurde nach längerer Debatte schließlich abgelehnt, da ähnliche Anträge von der wirtschaftspolitischen Kommission auf Landesebene eingebracht werden. Wie schon angesprochen, hatten wir im Vorfeld selbst einige Anträge ausgearbeitet, vor allem unser Vorsitzender Munib war hierbei sehr aktiv, weil ihn die Bundespolitik immer wieder so aufgewühlt hat, dass er „jetzt einfach einen Antrag schreiben musste“. Unsere Anträge zur Beschränkung von profitorientiertem Lobbyismus, dem Fisalpakt und zur Festschreibung von sozialdemokratischen Eckpfeilern für eine zukünftige Koalition fanden große Zustimmung und wurden alle angenommen. Somit werden unsere Delegierten diese auch bei der Landeskonferenz vorstellen und verteidigen können.

Neben der inhaltlichen Arbeit kam es natürlich auch noch zu regem Austausch zwischen den GenossInnen aus Mittelfranken und so gehen wir positiv gestimmt in ein neues Jahr. Wir hoffen vor allem auch, dass die Jusos Mittelfranken eigene Seminare auf die Beine stellen können, wir bei antifaschistischen Demonstrationen noch sichtbarer werden und unsere politische Vorstellungen gewinnbringend in den politischen Prozess auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene einbringen können. Die Jusos Erlangen verstehen sich hierbei als progressive und emanzipatorische Stimme.

Fahrt nach Flossenbürg

Liebe Genossinnen und Genossen,
im Monatsspiegel März hatte die MPG zu einer Fahrt nach Flossenbürg eingeladen. Aus organisatorischen Gründen gibt es eine Terminänderung: **Statt 6. Mai nun Samstag, 23. Juni 2012.**

Die Michael-Poeschke-Gesellschaft lädt ein zu einer Fahrt zur Gedenkstätte an das ehemalige Konzentrationslager in Flossenbürg.

Wir starten am **Samstag, 23. Juni um 8 Uhr vom Parkplatz West** mit einem Bus der Firma Tanner und sind gegen 10 Uhr in Flossenbürg.

Wir werden in 2 Gruppen durch die Gedenkstätte geführt. Diese Führung wird ca. 3 Stunden dauern.

Wir werden dann ein Mittagessen einnehmen. Anschließend, so denke ich, können wir noch einen kleinen Spaziergang zur Burgruine Flossenbürg unternehmen.

Spätestens um 16 Uhr treten wir die Rückfahrt an, so dass wir um 18 Uhr wieder in Erlangen sein werden.

Ich habe mit dem Bürgermeister von Flossenbürg, dem Genossen Johann Kick, Kontakt aufgenommen und hoffe, dass er Zeit haben wird, zu uns zu stoßen – vielleicht beim Mittagessen.

Ich würde mich freuen, wenn unser Angebot auf breites Interesse stößt.

Die Kosten für die Busfahrt und die Führung werden 20 Euro pro Person nicht übersteigen

Anmeldungen bitte an
Heide Mattischeck
Tel.: 09545/442377
Heide.mattischeck@web.de

Selbstverständlich könnt ihr Euch auch im SPD-Büro bei Sabine Wehner (09131-8126522) anmelden.

Wichtige Informationen über die Gedenkstätte könnt Ihr Euch vorher schon im Internet ansehen.

Für die MPG
Heide Mattischeck

Le changement c'est maintenant

Jusos Erlangen fahren nach Rennes und bitten um Unterstützung

Die Jusos Erlangen werden vom 12. bis zum 15. April mit einer Delegation nach Rennes fahren, um die parti socialiste (PS) und unsere Schwesterorganisation, das „mouvement jeunes socialiste" (mjs) im Wahlkampf zu unterstützen. Hierbei knüpfen wir an alte partnerschaftliche Verbindungen der SPD Erlangen mit der PS in Rennes an und wollen diese freundschaftlichen Beziehungen wieder aufleben lassen. Zur Deckung

FRANÇOIS HOLLANDE 2012

unserer Fahrtkosten bitten wir die Genossinnen und Genossen in Erlangen um eure Unterstützung!

Eine relativ spontane Idee wurde schnell konkret und somit haben sich die Jusos Erlangen entschlossen, den Präsidentschaftswahlkampf in Frankreich zu unterstützen. Gleichzeitig wollen wir unsere Fahrt in die Partnerstadt auch dazu nutzen, die etwas eingeschlafenen Verbindungen wieder aufleben zu lassen und einen neuen Impuls für diese so wichtige Kooperation zu geben. Wir Jusos verstehen uns als dezidiert internationalistische Organisation, weshalb uns die Solidarität mit unseren Schwesterorganisationen ein großes Anliegen ist. Wir sind schon sehr gespannt auf den französischen Wahlkampf und den persönlichen Kontakt. Von der langen Strecke, insgesamt gut 2.400 Kilometer, wollen wir uns auch nicht abschrecken lassen.

Allerdings könnten wir zur Finanzierung unserer Fahrt Unterstützung gebrauchen. Wir würden uns daher sehr freuen, wenn ihr uns einen kleinen Betrag spenden könntet. Es ist uns ein großes Anliegen, dass auch JungsozialistInnen aus Erlangen diese Reise mitmachen können, die sich das aus eigener Tasche nicht leisten könnten. Denn auch hier ist unsere gegenseitige Solidarität gefragt. Wer mitfahren möchte sollte auch die Möglichkeit dazu bekommen. Falls wir mehr Geld zusammen bekommen, als wir zur Deckung der Fahrtkosten benötigen, würden wir das Geld für das nächste Projekt im Austausch mit Rennes verwenden. Schließlich soll das möglichst keine einmalige Sache sein. Wir sehen uns hier als neue Generation in der direkten Tradition zu unseren VorgängerInnen aus Erlangen.

Spenden bitte auf das Konto der SPD Erlangen unter Angabe des Verwendungszweckes „Rennes" (Kontonummer siehe Seite 2; aus rechtlichen Gründen weisen wir darauf hin, dass die Spende formal nicht zweckgebunden ist).

L'Internationale
Sera le genre humain!

Arbeitskreis „Internationale Politik – Frieden und Abrüstung, Kooperation und Entwicklung“

Erstes Treffen am

Mittwoch, den 2. Mai, 20 Uhr im August-Bebel-Haus

Die sozialdemokratische Partei kommt aus einer Tradition, die Internationalismus verstand als Parteinahme für die Nichtprivilegierten über nationale und ethnische Grenzen hinweg und zugleich eine gemeinsame Verantwortung für die Menschheit und die Natur einforderte.

Angesichts der eklatanten Widersprüche und der auch von der SPD z.T. mitgetragenen Politik der letzten 20 Jahre (Stichworte: Kosovo – Afghanistan – Libyen – Militarisierung der deutschen Politik) stehen wir vor der Aufgabe, sozialdemokratischen Internationalismus neu zu begründen und die SPD wieder zu der Partei zu machen, die unmissverständlich und konsequent für eine Politik für Frieden und Abrüstung, Kooperation und Entwicklung steht.

Alle Genossinnen und Genossen, die an diesem Thema interessiert sind und in einem solchen Arbeitskreis mitarbeiten wollen, sind sehr herzlich eingeladen.

Beim ersten Treffen wollen wir einen Überblick über die Thematik zu gewinnen versuchen und die ersten Arbeitsschritte planen.

Helmut Pfister
Friedenspolitischer Beauftragter

SPD beteiligte sich an Aktion „5 vor 12“

Anlässlich des Internationalen Tages gegen Rassismus haben sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SPD-Büros im Erlanger August-Bebel-Haus an der Aktion „5 vor 12“ beteiligt, die die Türkischen Gemeinden Deutschlands initiiert hat. Um 11.55 Uhr positionierten sich die SPD-Beschäftigten mit einem Transparent vor dem August-Bebel-Haus, um ein öffentliches Zeichen gegen Rassismus und für demokratische Werte zu setzen.

Die Aktion „5 vor 12“ ist ein Ausdruck der Trauer und des Entsetzens über die abscheulichen, rassistisch motivierten Morde der rechtsextremen Gruppierung „Nationalsozialistischer Untergrund“. Sie bringt die Sorge darüber zum Ausdruck, dass Ressentiments und Vorurteile gegenüber Menschen mit tatsächlichem oder zugeschriebenem Migrationshintergrund nicht nur am rechten Rand der Gesellschaft vorkommen, sondern bis weit in die Mitte der Gesellschaft reichen. „Rassismus und Rechtsextremismus stehen im krassen Widerspruch zu den Werten der SPD. Aufgrund eigener historischer Erfahrungen und unserer demokratischen Grundüberzeugung stellen wir uns gegen jede Vorstellung, die Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe oder ihres Glaubens in vermeintlich minderwertige Gruppen einteilt und ausgrenzt.“

Von links nach rechts: Jutta Ledertheil (Unterbezirks-Geschäftsstellenleiterin), Martina Stamm-Fibich (stellvertretende Kreisvorsitzende Erlangen-Höchstadt), Saskia Coerlin (Geschäftsführerin SPD-Stadtratsfraktion), Sabine Wehner (Geschäftsführerin SPD-Kreisverband), Munib Agha (Vorsitzender der Jusos Erlangen)

Mentoring-Projekt der AsF Mittelfranken

Sind Sie eine Frau, die sich für Politik interessiert? Wollen Sie hinter die Kulissen des politischen Geschehens schauen? Haben Sie Lust, sich zu beteiligen und einzumischen? Dann nehmen Sie teil an SoFIA, dem Qualifikationsprogramm der AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen). Damit tun Sie den ersten Schritt in die Welt der aktiven Politik. Ihre Teilnahme an SoFIA ist jedoch völlig unverbindlich.

SoFIA bedeutet: Sozialdemokratische Frauen Interessieren und Aufbauen.

Das Projekt startet am **Samstag, 28. April um 16 Uhr mit einem Info-Café im Karl-Bröger-Zentrum, Nürnberg** (Karl-Bröger-Str. 9, Eingang Celtisstraße, Nähe Hauptbahnhof, Südausgang). Bei diesem Informationstreffen wird SoFIA erläutert, die Mentorinnen, unsere Abgeordneten aus Land- und Bezirkstag sowie Stadträtinnen, werden sich und ihre Veranstaltungen vorstellen.

Die Mentorin ist dabei eine in der Politik aktive Frau, die zwischen dem 28. April und Ende September 2012 zu etwa vier politischen Terminen eine kleine Gruppe von interessierten Frauen (die Mentees) als Gäste mitnimmt. Die Teilnehmerinnenzahl legt die Mentorin vorher fest. Im Allgemeinen werden es etwa fünf Mentees pro Gruppe sein.

Die Mentorin verabredet sich vor einer Veranstaltung mit ihren Mentees, um sie auf die stattfindende Sitzung/Veranstaltung vorzubereiten (Erklärung, worum es bei der Sitzung geht). Diese Verabredung terminiert die Mentorin selbst. Im Anschluss an eine Veranstaltung bespricht sie kurz mit den Mentees deren Fragen.

Für Fragen und Auskünfte stehen wir Euch zur Verfügung:

- Amely Weiß: amely.weiss@t-online.de, 0911-4318539
- Ingrid Neubauer: a-i-neubauer@t-online.de, 09187-5269
- Claudia Leuschner: claudia_leuschner@yahoo.de, 09128-9118343
- Marina Linke-Speth: maringe1@gmx.de, 09132-734810
- Gertrud.R-Schowalter@t-online.de, 09131-601924

Augenmaß statt Kahlschlag bei der Solarstromförderung

Von Marlene Rupprecht MdB
Betreuungsabgeordnete für den Wahlkreis Erlangen

Liebe Genossinnen und Genossen,
mit ihren neuesten Kürzungsplänen zur Solarförderung hat die Bundesregierung auch in unserer Region für viel Unsicherheit gesorgt: Statt einem weiteren Aufschwung des Sonnenstroms droht der Kurzschluss für einen ganz wichtigen Teil der Energiewende.

Die Photovoltaik (PV) ist eine beispiellose Erfolgsgeschichte: 2011 wurden 18.500 Gigawattstunden Sonnenstrom (Jahresbedarf von 5,2 Mio Haushalten) erzeugt. Mehr als 120.000 Menschen bietet die Solarbranche heute Arbeit, vielen von ihnen in Produktionsstätten in den neuen Bundesländern.

Rund 50 Prozent der EEG-Umlage beruht auf Vergütungszahlungen für PV-Anlagen. Da die Solarstromförderung über das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) innerhalb von vier Jahren bereits halbiert worden ist, geht ein Großteil der Kosten auf Vergütungen für längst installierte Anlagen zurück, die gar nicht mehr reduziert werden können.

Umso wichtiger ist heute, das wir die bereits getätigten Investitionen nicht ins Leere laufen lassen. Denn es gibt viele gute Gründe für die Photovoltaik in Deutschland:

- Sie ist nicht nur unverzichtbarer Teil der Energiewende und des Klimaschutzes, sondern generiert regionale Wertschöpfung in Milliardenhöhe.
- Für die Bürgerinnen und Bürger bietet sie vielfältige Beteiligungsmodelle.
- Darüber hinaus liefert sie genau dann den meisten Strom, wenn er am dringendsten benötigt wird, nämlich zur sogenannten Mittagsspitze.
- Das wiederum dämpft den Börsenpreis, wovon auch Großkunden aus der deutschen Industrie in großem Umfang profitieren.
- Gleichzeitig ist klar, dass eine Überförderung nicht nur ungerechtfertigte Rendite ermöglicht, sondern auch kontraproduktiv für die Weiterentwicklung der Solarindustrie ist.

Das EEG war seit jeher ein Instrument zur Markteinführung, das durch regelmäßige Degressionsschritte zu Kostensenkungen anreizen sollte. Auch zum jetzigen Zeitpunkt ist Spielraum für Vergütungskürzungen vorhanden.

Der darf jedoch nicht willkürlich vorgegeben, sondern muss wirtschaftlich fundiert und mit Augenmaß definiert werden. Andernfalls droht unsere gesamte Solarindustrie, die ohnehin unter starkem Druck durch die chinesische Konkurrenz steht, massiven Schaden zu nehmen.

GBW-Wohnungen: Sparpolitik auf dem Rücken der Mieter

Von Angelika Weikert MdL
Betreuungsabgeordnete für den Stimmkreis Erlangen

Mit seiner Ankündigung, bis zum Jahr 2030 den mittlerweile auf 32,4 Milliarden Euro angewachsenen bayerischen Schuldenberg tilgen zu wollen, hat Horst Seehofer selbst seine engsten Getreuen überrascht. Noch im Dezember 2011 wies er die Forderung nach stärkerer Schuldentilgung zurück. Einen Monat später mimte er in Wildbad Kreuth Bayerns obersten Sparkommissar. Drei Monate später ist klar: Der Staatsregierung fehlt ein seriöses Schuldentilgungskonzept. Das Verhalten der Staatregierung in Sachen GBW-Wohnungen macht zudem deutlich, dass der Schuldenabbau auf dem Rücken der Bevölkerung und der Kommunen ausgetragen werden soll.

Die Folgen von Stoibers Landesbankabenteuern

Um 10 Milliarden Euro haben die von Stoiber unterstützten Finanzabenteuer der Landesbank die bayerischen Schulden seit 2008 ansteigen lassen. In seinem sogenannten Schuldentilgungsplan hat Finanzminister Markus Söder nun vorgerechnet, dass er diese Schulden mit Rückzahlungen seitens der Landesbank und schließlich auch mit dem Verkauf des Geldhauses tilgen will. Mit dem Verkauf der Wohnbaugesellschaft GBW, die zu großen Teilen zur Landesbank gehört, soll die Rückzahlung der an die Landesbank gewährten Hilfskredite unterstützt werden. Mit 34.000 Mietwohnungen zählt die GWB zu den großen Wohnbauunternehmen. Im Großraum Nürnberg besitzt sie 5.000 Wohnungen, 2.400 davon befinden sich in Erlangen. Die Wohnungen – im Großraum sind sie immerhin zu einem Drittel Sozialwohnungen – drohen durch diese Pläne zum Spekulationsobjekt zu werden.

Die Staatsregierung muss endlich handeln

Seit Bekanntwerden der Verkaufspläne fordert die SPD-Landtagsfraktion die Staatsregierung vergeblich auf, die Wohnungen in den Besitz des Freistaats Bayern zu übernehmen und endlich wirksame Maßnahmen zum Mieterschutz zu ergreifen. Um seine unrealistischen Sparziele weiter verkünden zu können, wehrt sich Söder jedoch mit allen Kräften gegen einen Ankauf der Wohnungen durch den Freistaat. Nach wie vor behauptet Söder, die EU-Kommission erlaube einen Kauf der GBW-Wohnungen durch die bayerische Staatsregierung nicht. Wie wir mittlerweile wissen, trifft Söders Argumentation nicht zu. Der bayerische Finanzminister will in erster Linie die Kommunen unter Druck setzen, die Wohnungen rasch zu übernehmen.

Die GBW muss in öffentlicher Hand bleiben!

Für uns bleibt klar: Wir wollen alles tun, dass die GBW-Wohnungen in öffentlicher Hand bleiben. Wir freuen uns deshalb über den Verhandlungserfolg der Oberbürgermeister Christian Ude und Ulrich Maly, dass zunächst ausschließlich mit den bayerischen Kommunen über eine Übernahme der GBW-Anteile verhandelt werden soll. Das ist ein wichtiger Erfolg, um die Mieterinnen und Mieter nicht den Interessen von Finanzinvestoren auszuliefern. Ebenso wichtig ist es, dass die Erlanger SPD-Fraktion es im Stadtrat durch einen Dringlichkeitsantrag erreicht hat, dass die städtische Wohnungsgesellschaft GeWoBau ebenfalls die Übernahme der GBW-Wohnungen prüft und dass sich die Stadt Erlangen an den Verhandlungen des Städtetages mit der bayerischen Staatsregierung beteiligt. Zentrale Forderung bleibt für uns aber, dass der Freistaat Bayern den Wohnungsbestand als neuer Eigentümer übernimmt. Ein Erwerb durch die Kommunen wäre nämlich mit enormen Ausgaben verbunden, die Städten und Gemeinden etwa beim Ausbau der Kinderbetreuung fehlen würden. Wenn der Freistaat nicht zu einer Übernahme der Wohnungen bereit ist, muss er die Kommunen finanziell massiv unterstützen.

Protest gegen Schließung der neurologischen Tagesklinik im Klinikum am Europakanal

SPD-Fraktion fordert öffentliche Behandlung im Bezirkstag

Von Gisela Niclas
Bezirksrätin, Stadträtin

Auf meine Initiative hin wird in der ersten Sitzung 2012 des Bezirkstags am 29. März die Schließung der neurologischen Tagesklinik im Klinikum am Europakanal auf der Tagesordnung stehen. Die SPD-Bezirkstagsfraktion will damit öffentlich protestieren gegen die restriktive Haltung der Krankenkassen, dieses medizinische Angebot nicht mehr weiter zu finanzieren.

Kurz vor Weihnachten konnten wir der Presse eine sehr ärgerliche Information entnehmen: Am 31. Dezember 2012 wird die Neurologische Tagesklinik im Klinikum am Europakanal Erlangen geschlossen. Da ich nicht dem Verwaltungsrat des Kommunalunternehmens Bezirkskliniken Mittelfranken angehöre, bin ich auf die Information meiner Fraktionskollegen aus dem Verwaltungsrat angewiesen. Mir war zwar bekannt, dass es schwierige Verhandlungen mit den Krankenkassen gibt, aber das ultimative Aus war für mich und uns alle eine Überraschung. Diese Informationspolitik ist trotz Protest der SPD-VerwaltungsrätInnen seit langem Stil des Hauses: Ein Chef, dem die Wirtschaftlichkeit über alles geht und der bis zum heutigen Tag kein schlüssiges Zukunftskonzept für die Kliniken vorzulegen in der Lage war, und ein von der CSU geführter

und dominierter Verwaltungsrat haben offensichtlich kein Interesse an einer öffentlich geführten Debatte zur Frage „Wohin steuern die Bezirkskliniken?“.

Auch mehr als zwei Monate nach dem Aus der Tagesklinik hält der Protest gegen die Schließung an. Ich erhalte Anrufe, Mails und Briefe von Patienten, Angehörigen, Beschäftigten, dem Seniorenbeirat usw. Ein von der SPD-Stadtratsfraktion bereits im letzten Jahr (!) gestellter Antrag, einen Vertreter des Klinikums in den Ausschuss einzuladen und darüber zu diskutieren, was das Klinikum am Europakanal jetzt und in Zukunft für die medizinische Versorgung leisten kann und muss, war am 6. März im Sozial- und Gesundheitsausschuss zwar auf der Tagesordnung; eingeladen worden war aber niemand. Wie im Bezirkstag wirkt offenbar auch hier die schwarz-gelbe Verhinderungsmehrheit.

Mit der Schließung der neurologischen Tagesklinik wurde ein gut durchdachtes integratives Konzept zur Versorgung von Schädel-Hirn-Patienten liquidiert, dass es sonst nirgendwo in Mittelfranken gab. Im Netz der medizinischen Versorgung des Bezirks Mittelfranken ist für die Bevölkerung in Erlangen und Umgebung damit ein Lücke entstanden, die in dieser integrierten Qualität nicht ersetzt werden kann.

Als Grund für die Schließung war vom Verwaltungschef des Kommunalunternehmens und dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates, zugleich der CSU-Bezirkstagspräsident, gegenüber der Presse die Weigerung der Krankenkassen genannt worden, dieses 22 Jahre währende Erfolgsmodell weiter zu finanzieren. In Reaktionen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort wird Unverständnis und Protest darüber geäußert, dass die Krankenkassen einerseits über hohe Überschüsse verfügen, andererseits die Sicherstellung eines Versorgungskonzeptes wie der neurologischen Tagesklinik ausschließlich dem Kostendenken unterordnen. Ohne den SPD-Antrag hätte es die CSU/FW/FDP-Mehrheit des Bezirkstages nicht einmal für nötig befunden, das Thema auf die Tagesordnung zu setzen. Beim Protest darf es aber nicht bleiben. Die Frage nach der Zukunft einer soliden medizinischen Versorgung in öffentlicher Hand und Verantwortung durch die Bezirkskliniken muss endlich öffentlich diskutiert werden.

Wolfang Niclas wird 60: Herzlichen Glückwunsch!

Von Dieter Rosner
Kreisvorsitzender

Im Namen des SPD-Kreisverbandes Erlangen und der SPD-Stadtratsfraktion gratuliere ich Wolfgang Niclas sehr herzlich zu seinem 60. Geburtstag. Wir wünschen ihm viel Gesundheit, Glück und weiterhin die Ideen- und Schaffenskraft, die ihn als DGB-Vorsitzenden und Ersten Bevollmächtigten der IG Metall auszeichnet, insbesondere dann, wenn es um arbeitnehmerbezogene, wirtschaftliche und soziale Belange oder um Fragen der Gerechtigkeit, Toleranz und Integration in unserer Stadt geht.

Für den Kreisverband der Erlanger SPD ist Wolfgang mit seinen pointierten und orientierenden Beiträgen ein wichtiger Rat- und Impulsgeber, vor allem in den Feldern der Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik. Und wir sind froh darüber, dass er uns in kritischer Solidarität begleitet und sich nicht scheut, die mitunter vorhandenen Widersprüchlichkeiten sozialdemokratischer Tagespolitik als solche zu benennen. Auch dafür und für die persönliche freundschaftliche Verbundenheit herzlichen Dank.

Geboren, aufgewachsen und zur Schule gegangen ist Wolfgang in Witten an der Ruhr, also im Kohlenpott, am südöstlichen Rand des Ruhrgebiets in direkter Nachbarschaft zu Bochum und Dortmund. Der typische „Zungenschlach“ ist noch immer zu hören – auch wenn die mittlerweile über 25 Jahre des Lebens und Arbeitens in Erlangen deutlich fränkische Spuren hinterlassen haben.

In den siebziger Jahren hat Wolfgang Sozialwissenschaften und Philosophie – erst in Bochum später in Marburg – studiert und dort 1978 als Diplom-Politologe abgeschlossen. Dass seine Interessen, seine berufliche und ehrenamtliche Arbeit stark von den Ideen und Themen der Arbeiterbewegung grundiert und geprägt sind, ist sicher kein Zufall: 1. Der Pott und 2. Marburg. Frank Deppe, Georg Fülberth und Reinhard Kühnl haben in dieser Zeit als Professoren in Marburg gelehrt, waren Schüler von Wolfgang Abendroth. Für deren Wissenschaftsverständnis war der historische Zugang zentral. Das heißt: Es ging um die Untersuchung der ökonomisch-politischen Widersprüche der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, die Entwicklung der Kämpfe und der Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen und die Veränderungen im politischen System und in den Rechts- und Verfassungsordnungen. Hier wurde die Basis für das Interesse an einer kritischen Politik- und Gesellschaftsanalyse gelegt, die Wolfgangs Arbeit bis heute prägt.

In der Wittener Familie, in der Wolfgang aufgewachsen ist, war das Jobben in der Fabrik oder auf dem Bau oder Bauernhof in den Schulferien selbstverständlich. Ebenso konsequent schloss sich dann die Arbeit als – theoretisch versierter – gewerkschaftlicher Bildungsreferent für DGB Und IGM noch während des Studiums und das Praktikum in der Abteilung Jugend des DGB und die Arbeit in der DGB-Abteilung „Angestellte“ an.

In die Frankfurter Zeit nach dem Studium fällt dann auch die Familiengründungsphase: 1979 die Heirat mit Gisela, die als Gewerkschaftssekretärin beim IG-Metall-Vorstand arbeitet, und die Geburt der gemeinsamen Kinder Boris (1980) und Rosa (1984). 1987 kam dann der Wechsel nach Erlangen. Wolfgang übernahm die Führung des DGB in unserer Stadt und die Lebens- und Berufs-

planungen im Hause Niclas, wie immer das Ergebnis gemeinsamer Diskussionen und Überlegungen, verlagern sich für alle in die fränkische Universitätsstadt – zum Glück für die Gewerkschaft und die Partei, in die er hier eintritt.

Wolfgang ist ein kreativer Impulsgeber und effektiver Netzwerker. Nachfolgend sind nur einige Themen aufgezeigt, an denen er in den letzten 25 Jahren maßgeblich mitgewirkt hat:

- Er hat sich seit Aufnahme seiner Tätigkeit in Erlangen für regionale Strukturpolitik eingesetzt und den Strukturwandel, z.B. bei Gossen, begleitet,
- Er hat die Kooperationsprojekte (ZATU, IMU, FFW) der Städteachse von Anfang an aktiv unterstützt,
- er hat den Zweckverband Gewerbepark im Städtedreieck gefordert und aktiv unterstützt,
- er hat am runden Tisch Stadt/Betriebsräte bei OB Hahlweg Anfang der 90er den Vorschlag eingebracht, Erlangen als Medizinstandort zu profilieren. Als logische Folge davon wurde dann das IZMP kreiert,
- er hat die Entwicklung des STUB-Konzepts unterstützt,
- er hat Ende 96 zusammen mit der IHK die Initiative der SPD-Fraktion, das US-Gelände zu kaufen, unterstützt ,
- er hat die „konzertierte Aktion“ angeleiert, Siemens UB Med am Standort Erlangen zu halten (und dafür den Ehrenbrief Wirtschaft erhalten),
- er hat nach der Liquidierung des Gewerbeparks im Städtedreieck aktiv die Entwicklung des Wirtschaftsforums in der Metropolregion vorangetrieben,
- er hat die Gewerkschaftsarbeit bei Siemens intensiv unterstützt und ausgebaut (im Zeichen des kriminellen Niedergangs der AUB),
- er hat sich als Mitglied des Aufsichtsrats als Vorkämpfer für die Interessen der AREVA-Beschäftigten eingesetzt und öffentlich Druck gemacht,
- und er ist der wahre Initiator des Masterstudiengangs „Projektmanagement Großanlagenbau“.

Wolfgang hat immer daran gearbeitet, dass Gewerkschaftsarbeit politisch bleibt und nicht zum Verbandslobbyismus bzw. zur reinen Betriebsräte-Dienstleisterin wird.

Der historische Auftrag, mit dem Gewerkschaften verbunden sind, konfrontiert sie unabdingbar mit Anforderungen, die die Sorge um ein vernünftig organisiertes Gemeinwesen betreffen. Das ist auch für Wolfgang ein wichtiges Thema, an dem er aktiv beteiligt ist, sei es im Ratschlag gegen Sozialabbau, im Bündnis für Toleranz, im Erlanger Bündnis für den Frieden, im Sozialforum oder im interreligiösen Dialog.

Michael Schumann, einer der bedeutendsten Industriesoziologen der Gegenwart, beschreibt diese Haltung, die auch Wolfgang auszeichnet, treffend so: *„Auch wenn es in der Krise vordergründig naheliegt, dass Gewerkschaften sich auf ihr organisations- und tarifpolitisches Kerngeschäft konzentrieren, so wäre dies nicht nur eine höchst einseitige Wahrnehmung ihrer Aufgaben; ohne massive politische Anstrengungen zur Revitalisierung eines sozialen Gesellschaftsverständnisses werden sie ihren Kernfunktionen immer weniger gerecht werden können und für ihren grundsätzlichen Politikansatz Unterstützung verlieren. Von Gewerkschaften werden umfassendere ökonomische und gesellschaftliche Deutungsangebote gefordert, Aufklärung über Ursachen und Profiteure der Krise und darüber, weshalb die Gesellschaft auseinanderbricht. Dabei müssen sie offen sein für Systemkritik und sie müssen ein Sprachrohr sein für jene sozialen Schichten, die nach jahrzehntelangen Erfahrungen mit Massenarbeitslosigkeit, Sozial- und Demokratieabbau, die Möglichkeit der Gesellschaftsveränderung nahezu aufgegeben haben. Ihnen in Zeiten großer Unsicherheit neues Zutrauen zu geben, erfordert, den Umbau des Kapitalismus neu auf die Tagesordnung zu setzen, nicht in der Erwartung, ihn abzuschaffen, sondern ihn neu zivilisieren zu können.“*

Um dies zu erreichen, liegen noch viele engagierte und anstrengende, aber mit Sicherheit gewinnbringende Diskussionen vor uns.

Ich wünsche Dir zu Deinem Geburtstag alles Gute und weiterhin viel Geduld mit uns, Muße für Dich und Deine Familie, und den Mut, mit uns gemeinsam weiter an den Zielen zu arbeiten, die uns zusammengeführt haben.

Freundschaft!
Dieter Rosner
Kreisvorsitzender

Wolfgang ist am 9. April (Ostermontag) zu Hause. Wer möchte, ist herzlich willkommen, in der Ungarnstraße 13 (Frauenaurach) zwischen 11 und 14 Uhr zum Gratulieren vorbei zu kommen.

Heide-Barbara Wegener zum 80. Geburtstag

Von Heide Mattischeck

Heide-Barbara Wegner wurde am 27. April 1932 in Potsdam geboren. Seit vielen Jahrzehnten mit ihrer Familie in Erlangen zu Hause, ließ auch sie sich von der Aufbruchstimmung, die in der SPD, aber auch in einer breiten Öffentlichkeit in diesen Jahren herrschte, anstecken und trat am 1. Januar 1971 in der SPD ein.

Sie kandidierte bereits 1972 auf unserer Liste für die Stadtratswahl und schaffte es auf den ersten Nachrückerplatz. Nach dem Ausscheiden von Friedhelm von Oertzen konnte sie 1975 in den Stadtrat einziehen und verstärkte damit die nach dem Wegzug von Anke Riefers nur noch zweiköpfige Frauenriege der Fraktion, bestehend aus Ursula Rechtenbacher und Heide Mattischeck.

Einen besonderen Schwerpunkt ihrer Arbeit legte Heide-Barbara auf den Umweltschutz und die Verbesserung der Lebensqualität in unserer Stadt. Als Mitglied des Verkehrs- und Planungsausschusses setzte sie sich vehement für Tempo 30 Zonen, für Verkehrs beruhigende Maßnahmen und für eine konsequente Förderung des Fahrradverkehrs ein. Auch die Schulwegsicherung lag ihr am Herzen – als 3fache Mutter wusste sie um deren Notwendigkeit..

Besonderen Wert legte Heide-Barbara auf eine umweltfreundliche Energieversorgung. Sie ließ sich auch von CSU-Kollegen, die noch in den 70er Jahren

die obligatorische Festschreibung von Fernwärmanschlüssen in Bebauungsplänen als „sozialistische Bevormundung“ diffamierten, nicht beirren. Auch bei der Durchsetzung der Fußgängerzone in der Hauptstraße und der Verkehrsberuhigung der Nürnberger Straße war sie eine der hartnäckigsten Befürworterinnen. Als Mitglied des Aufsichtsrates der Erlanger Stadtwerke kämpfte Heide-Barbara Wegener mit der ihr eigenen Hartnäckigkeit für Verbesserungen des Öffentlichen Personennahverkehrs.

Wenn man die Vielfalt der von ihr gestellten Anträge betrachtet, dann wird deutlich, dass das Spektrum ihrer Aktivitäten aber darüber hinausging. Sie nahm sich besonders auch der kleinen Anliegen an, die von Bürgern und Bürgerinnen aus dem Stadtwesten an sie herangetragen wurden. Bürgernähe war für Heide Barbara ein wesentliches Element ihrer Stadtratsarbeit.

Neben dem schon genannten Verkehrs- und Planungsausschuss hat sie auch im Haupt- und Finanzausschuss, im Ältestenrat und stellvertretend im Bauausschuss und im Schulausschuss gearbeitet. Heide-Barbara war lange Zeit Sprecherin der Fraktion für die Bereiche Stadtentwicklung und Verkehr. Sie war zeitweise auch Mitglied im Fraktionsvorstand.

Als Heide-Barbara Wegener im Jahre 1993 auf eigenen Wunsch aus dem Stadtrat ausschied, konnte sie auf erfolgreiche 18 Jahre in diesem Gremium zurückblicken.

Liebe Heide-Barbara, die Erlanger SPD dankt Dir an dieser Stelle für Dein großes und erfolgreiches Engagement über viele Jahre und wünscht Dir alles Gute, vor allem Gesundheit.

Für den Kreisverband: Deine ehemalige Kollegin Heide Mattischeck

Linkes Forum in der SPD Erlangen

Wir laden alle interessierten Genossinnen und Genossen ein zum

Diskussionsabend
am Freitag, 20. April, 20 Uhr im Nebenzimmer der Gaststätte „Orpheus“, Luitpoldstr. 25

Hildegard Gröger, Helmut Pfister

Manfried Symanek – ein Vertreter der „kleinen Leute“ wird achtzig

Von Robert Thaler
Stadtrat

Am 15. April feiert unser ehemaliger Stadtrat Manfried Symanek seinen 80. Geburtstag. 14 Jahre lang, von 1980 bis 1996 mit zweijähriger Unterbrechung, war Manfried für die SPD-Fraktion Mitglied des Erlanger Stadtrates unter unserem Oberbürgermeister Dietmar Hahlweg. Über 45 Jahre hält der gebürtige Oberpfälzer, dessen politische Wurzeln in der Gewerkschaftsarbeit liegen, nun schon der SPD die Treue.

Schwerpunkt seiner Stadtratstätigkeit war die Interessensvertretung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Der Prüfingenieur im Siemens Gerätewerk F80 war gewerkschaftlich engagierter Betriebsrat. In dieser Funktion setzte er sich unermüdlich für gute Arbeitsbedingungen, gerechte Entlohnung und auch für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein. So trug er u.a. zur Sicherung von Krippenplätzen im Diakonischen Zentrum für die Kinder von Siemens-ArbeitnehmerInnen bei.

Sein beruflicher Werdegang lenkte sein Augenmerk auf die Förderung des ÖPNV. Er war für die SPD-Fraktion Mitglied im Verkehrs und Planungsausschuss und unterstützte aktiv die Entwicklung des StUB-Konzeptes der 90er Jahre. Ein großer Tag war für ihn 1995 der gemeinsame Beschluss des Erlanger Stadtrates, des Kreistages Erlangen- Höchstadt und des Kreistages Forchheim zur Sicherung der Trassen für die künftige Stadt-Umland-Bahn.

Geradezu tagesaktuell war sein Engagement, mit dem er 2008 um den Erhalt der Siemens-Wohnungsbaugesellschaft kämpfte, um Mieterhöhungen und die Umwandlung in Eigentumswohnungen zu verhindern. Verkauft wurden die Wohnungen schließlich indirekt an den Freistaat Bayern, genau an die GBW, eine Tochtergesellschaft der Landesbank. Heute steht dieses Unternehmen, in Folge der Fehlspekulationen der Landesbank, selbst zum Verkauf – und wieder gilt es, alle Kraft aufzuwenden, damit die früheren Siemens-Werkswohnungen nicht zum Spekulationsobjekt von Unternehmen werden, die vor allem auf Profit und nicht auf soziale Sicherheit abzielen.

Besonders hat sich Manfried um die Seniorengruppe der IG Metall verdient gemacht, die er ab 1996 zwölf Jahre lang geführt hat. Noch heute gehört er dem Vorstand an. Unter ihm wurde die Tätigkeit der Seniorengruppe erweitert, wurden zum Beispiel eine Kegelgruppe und die Gesangsgruppe gegründet. Dies, ohne die politische Ausrichtung zu vernachlässigen: Zum Programm der IG-Metall-SeniorInnen gehörten immer auch Vorträge von Politikerinnen und Politikern oder die „außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit“, um Positionen der Gewerkschaft in die Gesellschaft zu tragen. Zur Kommunalwahl 2008 haben die IG-Metall-SeniorInnen erneut unmissverständlich deutlich gemacht, was sie von „ihren“ StadträtInnen erwarten.

Vertieft hat Manfried die Kontakte zur Erlanger Partnerstadt Jena. Die Kontakte der IG-Metall-SeniorInnen, die es seit Beginn der Partnerschaft gab – Manfried Symanek erlebte die Begründung der Städtepartnerschaft als Stadtrat wie als Siemens-Betriebsrat und aktiver Gewerkschafter mit – wurden weiterentwickelt. Ein feierlicher und stolzer Moment war am 3. Oktober 2004 die Unterzeichnung einer Partnerschaftsvereinbarung in einem Partnerschaftsvertrag. Im gleichen Jahr wurde seine Verdienste mit dem Ehrenbrief der Stadt Erlangen gewürdigt.

Ein ganz besonderer Tag war für Manfried Symanek der 28. Februar 2008, als ihm im 14. Stock des Erlanger Rathauses der bayerische Innenminister Herrmann im Auftrag des Bundespräsidenten Horst Köhler die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland überreichte.

Lieber Manfried, danke für Dein großartiges Engagement, Deinen unermüdlichen Einsatz und ganz herzlichen Glückwunsch zu Deinem 80. Geburtstag.
Deine Erlanger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten

Anträge an die Kreismitgliederversammlung

Eine neue Koalition nur mit sozialdemokratischer Politik

AntragstellerIn: Jusos Erlangen
AdressatInnen: SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

In den letzten Tagen entfachte aufgrund der Neuwahlen im Saarland wieder eine Koalitionsdebatte bezüglich der Bundestagswahl 2013. Sigmar Gabriel und viele Landesvorsitzende schließen schon zwei Jahre vor der Bundestagswahl eine Koalition mit der Partei „Die Linke“ aus. Favorisiert wird nun, falls es für rot-grün nicht reicht, eine große Koalition.

Wir fordern die Bundes-SPD auf, ohne Koalitionsaussage in den Bundestagswahlkampf zu gehen und keine Koalition mit demokratischen Parteien auszuschließen.

2009 fuhr die SPD das schlechteste Ergebnis der Bundesgeschichte ein. Als Gründe, weshalb ehemalige SPD-WählerInnen uns nicht mehr gewählt haben, gab ein Großteil die Rente mit 67 und die Agenda 2010 an. Der/Die WählerIn assoziierte uns nicht mehr mit unserem Hauptmerkmal, der sozialen Gerechtigkeit.

Wir fordern deswegen die SPD-Bundespitze und die SPD-Bundestagsfraktion auf, nur unter folgenden Bedingungen Koalitionsverhandlungen mit anderen Parteien zu führen:

- Erhöhung der Einkommenssteuer auf 49 Prozent
- Einführung einer Vermögenssteuer
- Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns in der Höhe von mindestens 8,50 Euro
- Einführung der Bürgerversicherung
- Abschaffung des sogenannten „Betreuungsgeldes“
- Deutliche Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes
- Abschaffung der von Familienministerin Schröder eingeführten Extremismusklausel
- Umsetzung der Energiewende und kein Kürzen der Förderung regenerativer Energien

Innerparteiliche Demokratie und Meinungsvielfalt stärken!

AntragstellerIn: Distrikt Ost
AdressatInnen: SPD-Unterbezirks-, Bezirks-, Landes- und Bundesparteitag

Der §19 des Organisationsstatuts der SPD (Zusammensetzung der Antragskommission) wird um eine konkrete Aufgabenbeschreibung ergänzt:

> *„Der Antragskommission obliegt die Aufgabe, die eingereichten Anträge auf inhaltlich übereinstimmende, ergänzende und kontroverse Positionen hin zu sichten und diese für die Abstimmung auf dem Parteitag vorzubereiten. Abstimmungsempfehlungen der Antragskommission werden den Delegierten schriftlich zur Kenntnis gegeben, aber nicht zur Abstimmung gestellt. Änderungsvorschläge der Antragskommission werden als Änderungsanträge behandelt.“*

Zur Bewältigung der Aufgabe ist ggf. auch eine Vergrößerung der Antragskommission in Betracht zu ziehen.

Begründung:
Eine Reform der Antragskommission dient zur Weiterentwicklung der vom SPD-Bundesparteitag 2011 im „Organisationspolitischen Grundsatzprogramm“ beschlossenen Bemühungen um eine verbesserte Mitgliederbeteiligung. In zahlreichen Parteiuntergliederungen werden im intensiven Austausch mit BürgerInnen, Initiativen und Verbänden Anträge zu zentralen Themen erarbeitet. Die Vielfalt der dabei erarbeiteten Positionen zeigt, dass die SPD eine lebendige linke Volkspartei ist. Das bisherige Verfahren der Antragskommission auf Bundesparteitagen spiegelt diese Vielfalt jedoch nicht wider: Durch die Empfehlungen der Antragskommission werden kontroverse Positionen häufig nicht zur Diskussion und Abstimmung gestellt. Durch die vorgeschlagene Reform wird der Antragskommission eine zentrale Rolle zukommen, die SPD wieder als Partei erlebbar zu machen, die auf ihren Parteitagen um wichtige gesellschaftliche Fragen ringt.

Merkels Fiskalpakt ablehnen. Souveränität europäischer Staaten bewahren

AntragstellerIn: Jusos Erlangen
AdressatInnen: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landesverbände mit Regierungsbeteiligung

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD in Landesregierungen auf, den sogenannten „Europäischen Fiskalpakt“ im Bundestag bzw. Bundesrat abzulehnen.

Begründung
2008 kam es nach der Lehman-Pleite zur schwersten Weltwirtschaftskrise seit den 30er Jahren des vorherigen Jahrhunderts. Die Staaten zogen aus der größten Finanzkrise des 20. Jahrhunderts die richtigen Konsequenzen und verabschiedeten Konjunkturpakete, um die Wirtschaft zu stimulieren. Auch dank dieser Maßnahmen wuchs in den Jahren 2010 und 2011 das BIP in Deutschland. Es sah danach aus, als würde man sich wieder auf Keynes besinnen, nach dem man dessen Wirtschaftspolitik in den letzten Jahrzehnten verteufelte.

Nach der raschen Erholung der Konjunktur in Deutschland verabschiedete man sich jedoch wieder von Keynes und kehrte zur neoliberalen Politik von vor der Krise zurück. Schuld an der wirtschaftlichen Misere waren nicht mehr die außer Rand und Band geratenen Finanzmärkte, sondern die hohen Schulden der Staaten.

Mit dieser Argumentation rechtfertigt die schwarz-gelbe Bundesregierung das Durchpeitschen der verheerenden Sparpakete in Griechenland.

Denn nur so würde man laut Merkel das Vertrauen in die Märkte zurückgewinnen, die eigentlich die Staaten erst in so eine Krise gestürzt haben. Trotz heftigster Proteste im eigenen Land setzt die griechische Regierung das Sparprogramm um. Aufgrund der hohen Einkommens- und Staatsausgabenkürzungen brach die Nachfrage in Griechenland regelrecht ein. Dennoch wunderte sich die Troika, dass die Wirtschaft in den letzten zwei Jahren stärker als erwartet eingebrochen ist. Spätestens nach diesen Nachrichten müsste klar sein, dass man auf diese Weise das Staatsdefizit, das am BIP gemessen wird, nicht in Griff bekommen wird. Altbundeskanzler Helmut Schmidt wies auf dem Bundesparteitag zu Recht darauf hin, dass man dieses Problem nicht ohne ein Investitionsprogramm lösen kann.

Auch wenn man bei Griechenland auf den ersten Blick von einer Staatsschuldenkrise sprechen kann (auf den zweiten allerdings auch nicht mehr), so trifft das sicherlich nicht auf die anderen PIIGS-Staaten zu. Insbesondere Irland und Spanien haben gemessen am BIP eine niedrigere Staatsverschuldung als Deutschland. Diese haben in Gegensatz zu Deutschland in Boom-Zeiten ein Haushaltsüberschuss erzielt. Dennoch hat Spanien ähnliche Probleme wie Griechenland und muss ähnlich hart sparen.

Im Gegensatz zu Deutschland stiegen in den anderen Staaten, aufgrund der guten Wirtschafts- und Produktivitätsentwicklung, die Löhne. Den deutschen ArbeitnehmerInnen predigte man allerdings die Lohnzurückhaltung. Aufgrund dessen stieg die deutsche Wettbewerbsfähigkeit zuungunsten der anderen europäischen Staaten an. In Folge dessen stieg in Deutschland der Außenhandelsüberschuss und in den anderen Staaten, insbesondere in Spanien und Griechenland, das Außenhandelsdefizit.

Wenn diese Staaten ihr Nachfrageniveau halten möchten, sind sie dazu gezwungen, Schulden aufzunehmen. Der deutsche Exportboom wird also durch Privatschulden anderer Länder finanziert. Letztere können in Gegensatz zu Deutschland kein Wachstum aus dem Export generieren. Zur negativen Entwicklung der Binnennachfrage, die durch den konjunkturellen Einbruch verursacht worden ist, kommt eine Austeritätspolitik der Regierungen hinzu, die diesen Trend verstärkt. In dieser Entwicklung wird deutlich, dass ein neuer Marschall-Plan alleine das Problem langfristig nicht lösen wird.

Für eine harmonische Wirtschaftsentwicklung innerhalb der Europäischen Union sind also nicht primär Haushaltsdefizite, sondern Außenhandelsbilanzen von Relevanz. Es muss also dafür gesorgt werden, dass die Mitgliedsstaaten der europäischen Union relativ ausgeglichene Außenhandelsbilanzen aufweisen. Dafür ist eine abgestimmte Lohnpolitik notwendig. Insbesondere in Deutschland müssten die Löhne stärker steigen, um den Exportüberschuss zu schmälern. In Folge dessen würde sich auch der schwache deutsche Binnenmarkt stabilisieren, womit Deutschland nicht mehr so stark von der Weltkonjunktur abhängig wäre.

Aus diesen Gründen halten wir die Politik der schwarz-gelben Bundesregierung und der Troika, wie sie sich im Fiskalpakt manifestiert, für grundlegend falsch. Sie bedarf einer Generalüberarbeitung zugunsten einer Politik, die zugunsten der Bevölkerung und nicht der Interessen der Banken und SpekulantInnen gemacht wird.

Da der Fiskalpakt, auf Merkels Wunsch hin, das Klagerecht anderer Staaten im Falle eines Verstoßes gegen die strengen Defizitregeln einräumt, wird die Souveränität Deutschlands durch dieses eingeschränkt. Es bedarf deswegen einer Grundgesetzänderung, und somit einer Zweidrittel-Mehrheit in Bundestag und -rat, um das Gesetz zu verabschieden. Union und FDP sind also auf die Stimmen von SPD und Grünen angewiesen.

Merkel und Schäuble haben es durch ihre Politik geschafft, innerhalb weniger Monate Deutschlands Image, das mühevoll von Adenauer, Brandt, Schmidt und Kohl aufgebaut wurde, innerhalb der EU zu ruinieren. Diese Politik darf auf keinen Fall unterstützt werden. Wir fordern deswegen die SPD-Fraktion und die SPD-geführten Länder auf, den Fiskalpakt abzulehnen.

Leserbrief zum EN-Artikel „Rechte Literatur hat kaum eine Chance in der Stadt“ vom 29. Februar

Von Dr. Andreas Richter

Zunächst einmal ist es sehr erfreulich, dass die Erlanger Nachrichten den Verkauf rechtsextremer Hetzschriften in Erlangen thematisieren. Als derjenige EN-Leser, der die Redaktion darauf aufmerksam gemacht hatte, möchte ich aber doch noch ein paar Dinge ergänzen bzw. klarstellen.

Der Ständer, auf dem die NPD-Zeitung ausliegt, ist drehbar. Welche Zeitung wann gerade vorne liegt, ändert sich also. Natürlich ist es nicht verboten, dieses Machwerk zu verkaufen. Jedoch muss sich der Kioskbetreiber die Frage gefallen lassen, warum er dies tut. Wünschenswert wäre es, wenn dieser sich ein Beispiel an seinem Laufer Kollegen nehmen würde, der entsprechende rechtsextreme Schriften nach Kritik nun nicht mehr anbietet.

Leider war die Reaktion des Erlanger Kiosks eine unerträglich andere: Als ich vor ein paar Jahren den anwesenden Kioskmitarbeiter auf den Verkauf der NPD-Zeitung ansprach, bekam ich zu hören, dass in Deutschland alles mögliche verboten sei und er sofort verhaftet würde, wenn er auf dem Hugenottenplatz „Sieg Heil!“ rufen würde.

Auf meinen Einwand, dass nationalsozialistische Betätigung durchaus zu Recht verfolgt werde, rief der Mitarbeiter (oder Betreiber?) mir zu, ich solle verschwinden, ansonsten hole er die Polizei.

Welch ein Unterschied zum Hotel in Bad Saarow, dass sogar vor Gericht zieht, um nicht einen bekannten NPD-Politiker beherbergen zu müssen. Mein Geld erhält dieser Kiosk garantiert nicht mehr.

Nachtrag:
Wie ich nun erfahren habe, ist die Reaktion dieses Kiosks kein Einzelfall. Eine Kollegin aus der Erlanger Friedensbewegung wurde ebenfalls aus dem Kiosk geschmissen, als sie die NPD-Zeitung ansprach.

Rechenschaftsbericht des Vorstandes zur Jahreshauptversammlung am 22. März

Von Dieter Rosner
Kreisvorsitzender

Der Rechenschaftsbericht gibt die Gelegenheit zu einer Zwischenbilanz und Standortbestimmung: Haben wir das geschafft, was wir uns vorgenommen haben und was heißt das für die Aufgaben, die vor uns liegen? Mehrere Prüfpunkte können anvisiert werden: Die Inhaltliche Arbeit, Themen, die wir aufgreifen und diskutieren, um den Nachweis unserer inhaltlichen Kompetenz zu führen, bei KMVs, in Arbeitskreisen, Projektarbeit. Die Gleichstellungspolitik. Die Öffentlichkeitsarbeit/Themenbesetzung in der Öffentlichkeit. Die organisatorische Handlungsfähigkeit, Kampagnenfähigkeit. Die Mitgliederentwicklung, das Parteileben. Die Vernetzung. Die Finanzen (Kassenbericht/Revisoren).

Dank

Wir bedanken uns bei allen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern für ihre Unterstützung der Kreisverbandsarbeit: Bei Marlene Rupprecht für den Bundestag, Angelika Weikert für den Landtag, Gisela Niclas für den Bezirkstag und stellvertretend für die Stadträtinnen und Stadträte beim Fraktionsvorsitzenden Dr. Florian Janik.

Wir bedanken uns bei den Aktiven im geschäftsführenden Vorstand und im Kreisvorstand für ihre Arbeit, die oft abseits der öffentlichen Wahrnehmung die Basis für diesen Erfolg bildete. Wir bedanken uns bei den Hauptamtlichen der Partei, bei Sabine Wehner und Jutta Ledertheil und Saskia Coerlin von der Fraktion, die den „Laden am Laufen halten". Und wir bedanken uns nicht zuletzt bei allen Genossinnen und Genossen, die in den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften, in Arbeitskreisen, Organisationsgremien, Plakatierungstrupps, als MonatsspiegelverteilerInnen oder HausverteilerInnen usw. usw. viele mühsame Kleinarbeit geleistet haben, – eine Arbeit, ohne die jede politische Aktivität zum Scheitern verurteilt gewesen wäre.

Alle haben dazu beigetragen, dass in einer sehr herzlichen persönlichen Atmosphäre unsere Erlanger SPD enger zusammenrückt und auch im letzten Jahr politisch erfolgreich wirken konnte.

Wenn ich nun nachfolgend zu einzelnen Aufgabenfeldern unserer Vorstandsarbeit kurz und kritisch Stellung nehme, dann soll dies unseren uneingeschränkten Dank nicht schmälern, sondern im Gegenteil dazu ermutigen, den eingeschlagenen Weg weiter miteinander zu gehen. Für zukünftige Erfolge ist es jedoch auch wichtig, Schwachstellen unserer Arbeit zu kennen und klar zu benennen, sich die Grenzen unserer Möglichkeiten bewusst zu machen, um aus einer konstruktiven Kritik heraus Verbesserungen zu schaffen.

Drei Aspekte will ich kurz ansprechen: Die Frage, was und wie diskutieren wir in unserer Partei, wie ist die Beteiligung an den Angeboten, aber auch an den „freiwilligen Verpflichtungen" des Parteilebens und wie werden wir wahrgenommen, also wie kommen wir rüber – wir als SPD in Erlangen?

Wobei es manchmal schwierig ist, genauer zu sehen, wodurch und wie dieses „wir" geprägt wird: Alle Entwicklungen, die die soziale, wirtschaftliche und ökologische Situation in der Republik oder im Land Bayern charakterisieren, finden sich als verkleinertes Abbild auf unserer Erlanger Ebene wieder. Entsprechend gilt das auch für „uns" als SPD. Wir repräsentieren „die" SPD (und müssen dann häufig auch Aussagen ertragen, die wir hier vor Ort so nicht machen würden).

Wie gelingt es, innerparteiliche Diskussionsprozesse anzuregen?

Inhaltliche Kompetenz muss erarbeitet werden – sie fliegt einem nicht mit dem Erwerb des SPD-Parteibuches zu. Und sie bleibt auch nicht automatisch erhalten, weil man Mitglied in der SPD ist. Und: Sozialdemokratische Politik ist nicht automatisch deshalb sozialdemokratisch, weil sie von SozialdemokratInnen gemacht oder verkündet wird. Wir brauchen also Verständigung und Klarheit über unsere Interessen und die Richtung der Politik, die wir vertreten.

Deshalb versuchen wir mit den Themen, die wir aufgreifen, nicht nur zu informieren, sondern auch zu qualifizieren und Positionen zu finden und zu festigen, um damit dann zu überzeugen.

Unsere (leider nicht immer gut besuchten) Kreismitgliederversammlungen und unsere Kreisvorstandssitzungen orientierten sich von daher auch an der Notwendigkeit eines programmatischen Diskussionsprozesses. Sie orientieren sich daran, sprachfähig zu bleiben und Positionen zu beziehen und diese nach außen zu vetreten, am besten gemeinsam mit BündnispartnerInnen.

Ich nenne hier nur einige Themen, mit denen wir uns bei den KMVs des letzten Jahres beschäftigt haben:

- Für eine Welt in Frieden – ohne Atomkraft
- Lohndumping und Leiharbeit
- Finanzmarktkapitalismus und Verschuldungskrise
- Neonazi-Strukturen und Rechtsextremismus in Bayern und Mittelfranken

Nüchtern muss man feststellen, dass eine breite Verankerung dieses Diskussionsprozesses in der Partei nicht immer gelingt. Oft beteiligen sich nahezu die gleichen Personen an den Erörterungen, selten werden die Ergebnisse weiterdiskutiert. Die Begeisterung bei der inhaltlichen Arbeit lässt noch zu wünschen übrig. Ausnahmen bestätigen die Regel (Rechtsradikalismus; Diskussion und Beteiligung G6/Tennenlohe)

Woran liegt das? An den Strukturen der Parteiarbeit? An den Personen, die sie initiieren? An der (vermeintlich) guten Information durch die Medien? Oder an einer breiten Verunsicherung und Desorientierung im Prozess des aktuellen gesellschaftlichen Strukturwandels? Oder an all diesen Punkten zusammen?

Wir stellen uns diese Fragen und versuchen Wege zu finden, wie die Resonanz verbessert werden kann. Das gelingt mal mehr, mal weniger gut.

Gut funktionieren öffentliche Veranstaltung v.a. zu kommunalen Themen wie der Bildungspolitik und Haushaltspolitik, große Veranstaltungen wie die Verleihung des Hiersemann-Preises oder Veranstaltungen mit Freizeitcharakter wie die Rote-Radler-Tour oder Fahrten der Michael-Poeschke-Gesellschaft.

Die Arbeitskreis-Arbeit in unserem Kreisverband findet nur punktuell statt. Der Wirtschaftspolitische Arbeitskreis arbeitet kontinuierlich, leistet gute Arbeit, bringt Anregungen und Anträge ein. Auch die Projektgruppe „Soziale Fragen, die aus der Mitte kommen" leistet Grundlagenarbeit, die sich in diesem Jahr in der einen oder anderen Veranstaltung niederschlagen wird. Der Kreis der Beteiligten ist aber überschaubar.

Es ist erfreulich, dass aus dem Kreis der AGs, insbesondere der Jusos, wieder mehr diskutiert und wieder verstärkt Anträge in die Diskussion eingebracht werden. (Lobbyismus, Finanzmarkt). Und es gibt auch neue Projekte, die vielleicht die Lust an der Mitarbeit verbessern: Frieden, Programmdiskussion, Projektgruppenarbeit.

Blick nach vorne

Mit Blick nach vorne müssen wir uns noch stärker damit beschäftigen, Perspektiven für einen Weg aus der kommunalpolitischen Oppositionsrolle heraus zu entwickeln. Das kann die Stadtratsfraktion nicht alleine schaffen. Hier ist die gesamte Partei gefordert. Dafür müssen jetzt die Weichen der inhaltlichen Vorarbeit für einen Kommunalwahlerfolg gestellt werden. Jetzt müssen sozialdemokratische Alternativen in Inhalt und Strategie entwickelt werden. Und in den kommenden Monaten sind auch die grundlegenden personalpolitischen Entscheidungen zu treffen, um unseren Führungsanspruch in Erlangen mit Nachdruck anzumelden.

Was die Kommunalpolitik anbelangt, werden wir als die zentrale politische Alternative gesehen. Unter den derzeit unsicheren Mehrheitsverhältnissen in Erlangen verbessern sich die Chancen, ökologische und soziale Fehlentwicklungen in der Stadtpolitik zu korrigieren, indem wir gleichermaßen wirtschaftlichen und finanzpolitischen Sachverstand mit umwelt- und gesellschaftspolitischer Verantwortung verbinden. Die letzten Haushaltsberatungen haben das eindrucksvoll bewiesen. Mit Blick auf die kommenden Kommunalwahlen erheben wir als Erlanger SPD den Anspruch, wieder zur führenden Kraft im Rathaus zu werden.

Das Erreichen der genannten Ziele hängt aber auf das engste mit einer erfolgreichen Reaktivierung der Mitgliederbasis zusammen. Konzepte der Mitgliederbetreuung, das Aufspüren von Themen, die den Menschen vor Ort auf den Nägeln brennen und natürlich die Mitgliederwerbung, all das sind Aufgaben, die es jetzt anzupacken gilt. Der Wahlkampf ist eine Beteiligungsmaschine. Und da sind die vor uns liegenden Wahlkämpfe zumindest organisatorisch als Einheit zu sehen.

Die Wahlkampfleitung ist installiert, ein grober Fahrplan aufgestellt, ein Drehbuch in Arbeit. Bleibt die Frage: Sind wir zurzeit auch kampagnenfähig? Meine Antwort: Noch nicht in dem Maße, wie es notwendig und wünschenswert wäre. Wir müssen deshalb mehr Anstrengungen unternehmen, die vorhandenen Organisations- und Motivationsprobleme anzupacken.

Beteiligungsprobleme gibt es nicht nur bei Parteien im allgemein oder der Erlanger Partei im Besonderen. Analysen zeigen, dass das bürgerschaftliche Engagement in Anbetracht sich wandelnder Rahmenbedingungen weiter unter Druck gerät. Politisches Engagement hat sich von Parteien und Verbänden hin zu punktuellen, häufig lokalen politischen Aktivitäten verlagert. Die politische Beteiligung wird vielgestaltiger und variantenreicher. Sie ist Ausdruck einer insgesamt konfliktreichen politischen Kultur, die immer stärker von einer selbstbewussten und aktiven Bürgerschaft geprägt wird. Auch auf diese Entwicklungen müssen und versuchen wir zu reagieren. Wir engagieren uns in vielen Bündnisse: für den Atomausstieg, gegen Sozialabbau, im Friedensbündnis, im Sozialforum, im interreligiösen Dialog, viele von uns sind Mitglieder in Gewerkschaften, Vereinen Sozialverbänden usw.

Die Arbeit im vorpolitischen Raum und das Engagement im Feld aktiver Bürgerschaft ist wichtig und wir sind hier auch präsent. Vielleicht müssen wir das noch zielgerichteter und strategischer verfolgen.

Die Erlanger Öffentlichkeit verbindet mit unserer Partei eine positive, sympathische Außenwirkung. Es ist uns – die Fraktion hat einen großen Anteil daran – gelungen, Inhalte so zu vermitteln, dass sie aufgenommen werden. Das klappt nicht immer optimal, manchmal ist es auch frustrierend, aber wir haben eine gute Resonanz, z.B. auch bei Veranstaltungen, die kommunalpolitische Themen aufgreifen wie Fraktion vor Ort.

Wir werden dies fortsetzen und aktuell vor allem die Themen Bäder, Stadt-Umland-Bahn, Energiewende thematisieren.

Insgesamt wollen wir auch unseren Facebook-Auftritt offensiver nutzen und eine neue Website erstellen, die unserem Anspruch auf Veränderung gerecht wird.

Auch der Monatsspiegel wird sich verändern.Es gibt wohl kaum eine SPD-Gliederung unserer Größe, der es nunmehr seit 35 Jahren gelungen ist, ihre Mitgliedschaft durch eine monatlich erscheinende Zeitschrift breit und umfassend zu informieren. Dass diese gute Tradition fortgeführt werden kann, liegt vor allem auch an Philipp Dees, dem Chefredakteur, der den Monatsspiegel Monat für Monat zuverlässig redigiert.

Wir hoffen, dass es bald gelingen wird, das Gesicht des Monatsspiegels aufzufrischen und dem Chefredakteur ein Redaktionsteam an die Seite zu stellen, das dann alle Medien, die wir für unsere Kommunikation nutzen, in den Blick nimmt und entsprechend aufbereitet.

Insgesamt und abschließend halte ich fest: Wir können – mit einigen Abstrichen – zufrieden sein mit dem, was wir erreicht haben, aber wir haben beileibe noch nicht alles erreicht, was wir uns vorgenommen haben.

Eines ist hoffentlich klar geworden: Wir brauchen mit Blick auf die kommenden Wahlkämpfe engagierte MitstreiterInnen.

Dies ist eine große Aufgabe. Organisatorische Probleme der Erlanger SPD und eine leider nicht üppige Finanzdecke erschweren es zusätzlich, inhaltlich, organisatorisch und personell die Weichen auf Erfolg zu stellen. Zeigen wir gemeinsam, dass es Spaß macht, mit unserer Partei für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt und in diesem Land Politik zu gestalten.

Ich bitte Euch alle, beteiligt Euch an der Personalauswahl und an der Entscheidung für diese wichtigen Weichenstellungen. Packt mit an, damit unsere Ziele für die nächsten beiden Jahre von Erfolg gekrönt werden.

Neues von den Naturfreunden Erlangen

Von Gisela Niclas
Vorsitzende der Naturfreunde Erlangen

Liebe Genossinnen und Genossen,
die Naturfreunde und die SPD haben dieselben gesellschaftspolitischen Wurzeln in der Arbeiterbewegung. Deswegen ist es mir ein Anliegen, euch heute über die aktuellen Entwicklungen in unserem Verein zu informieren.

Wir sind Teil der internationalen Naturfreundebewegung, wir setzen uns ein für die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen an Kultur, Sport, Naturschutz und umweltverträglichem Tourismus. Unser europäisches Häuserwerk bietet für Viele die Möglichkeit, Urlaub zu machen, auch wenn die Kasse knapp ist. Die Ortsgruppe Erlangen organisiert Kulturfahrten, Wanderungen und Wanderfahrten in allen Schwierigkeitsgraden, wir betreiben – allerdings nicht leistungsorientiert – Wassersport, Kanu für Kinder und Jugendliche, Wildwasserfahrten, geruhsame Wanderungen auf den deutschen und europäischen Flüssen und Seen.

Kajaktraining der Naturfreunde (Bild: Naturfreunde Erlangen)

In Erlangen an der Wöhrmühle haben wir ein tolles Naherholungs- und Freizeitgelände, ein preisgünstiges Übernachtungshaus und vermieten für verschiedenste Anlässe gerne unsere Räume. Das Gelände, rund 20.000 m², gehört uns zur Hälfte im Eigentum, die andere Hälfte haben wir in Erbpacht von der Stadt Erlangen. Bis Ende 2010 führten wir auch einen Campingplatz in eigener Regie. Das ist leider nicht mehr möglich, das Sanitärgebäude musste wegen irreparabler Schäden abgerissen werden. Ein neues können wir uns nicht leisten, denn wir haben noch mehr Sanierungsbedarf.

Ich möchte euch nun über eine anstehende Veränderung informieren: Um unsere Zukunft zu sichern, werden wir uns verkleinern. In unserer Jahreshauptversammlung am 16. März 2012 haben wir einstimmig beschlossen, den Campingplatz an der Wöhrmühle 6 nicht mehr zu betreiben. Wir werden auch keine diesbezüglichen Investitionen mehr vornehmen. Wir möchten einen Grundstückstausch mit der Stadt vornehmen (Eigentum gegen Erbpacht).

Wir haben uns jetzt zwei Jahre lang intensiv darum bemüht, eine Kooperationslösung z.B. mit den ESTW bzw. einen Pächter für den Campingplatz zu finden, der bereit und in der Lage ist, Eigenmittel zu investieren. Leider ohne Erfolg. Eine Reihe von Gesprächen mit der Stadt Erlangen führte auch zu keiner Lösung. Die Stadt unterstreicht zwar die Bedeutung der Infrastruktur „zentrumsnaher Campingplatz“, war aber bislang zu keiner nennenswerten Hilfestellung bereit. Der Platz ist für einen wirtschaftlichen Betrieb zu klein und wegen zu geringer Frequenz nicht ganzjährig auslastbar. Erlangen ist eben keine „Tourismus-Hochburg“. Ein Campingplatz wie dieser erfordert zur Aufrechterhaltung der Ordnung – auch und gerade wegen des sehr differenzierten Publikums, z.B. viele Landfahrer, sowie der Zentrumsnähe bei gleichzeitiger naturnaher Abgeschiedenheit ein hohes Maß an kontinuierlicher personeller Präsenz. Das ist auf Dauer mit ehrenamtlichen Kräften nicht mehr zu bewältigen. Wir bitten hierfür um euer Verständnis. Die Naturfreunde werden sich auf die Weiterführung der Sanierung der bestehenden Gebäude konzentrieren. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der dringend benötigten Erweiterung der Infrastruktur für den Wassersportbetrieb und der energetischen Sanierung.

NaturFreunde DEUTSCHLANDS
Ortsgruppe Erlangen e.V.

Im nächsten Jahr, am 27. April 2013, feiern wir unser 100jähriges Jubiläum. Dazu lade ich euch schon jetzt herzlich ein. Ihr seid aber auch vorher jederzeit herzlich willkommen: Schaut bei der Rädli am 1. Mai vorbei oder feiert mit bei der Sonnwendfeier am 23. Juni. Vielleicht habt ihr sogar Lust, Mitglied zu werden...

Es grüßt euch mit einem herzlichen „Berg frei“
Gisela Niclas

Sozialforum und GEW: Hartz-IV-Beratung auch im Treffpunkt Röthelheimpark

Das Erlanger Sozialforum und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) bieten ab jetzt ihre Hartz-IV-/Arbeitslosen-Beratung an zwei Orten an: Am ersten Mittwoch des Monats im Gewerkschaftshaus, Friedrichstraße 7 und am dritten Dienstag des Monats im Treffpunkt Röthelheimpark, Schenkstraße 111. Die Zeit ist jeweils von 18 bis 19 Uhr.

Das Erlanger Sozialforum gründete sich 2005 in den Aktionen gegen die „Hartz-Gesetze“; zusammen mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft wurde in Folge das Beratungsangebot eingerichtet.

Der Schwerpunkt liegt in „Hilfe zur Selbsthilfe“ gegen die Folgen der „Hartz-Gesetze“. Wenn Rechtsberatung erforderlich ist, können die Betroffenen ihr Recht auf Beratungshilfe wahrnehmen und einen Anwalt ihrer Wahl beauftragen.

Distrikt Eltersdorf

Vorsitzender:
Manfred Jelden
Telefon: 601333
manfred.jelden@nefkom.net

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

Dienstag, 17. April, 19 Uhr im Schützenhaus

Tagesordnung:
wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Manfred Jelden

Distrikt Frauenaurach

Vorsitzende:
Elizabeth Rossiter
Telefon: 992619
e.rossiter@web.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
ein großer Erfolg für Frauenaurach! Nicht zuletzt auf Grund von SPD-Anträgen, vielen Diskussionen in Frauenaurach und in den Gremien und dazu gut fundierten Argumenten im Stadtrat wird das Gemeindezentrum vom Grund auf saniert und erneuert werden.

Mit einer Kinderkrippe, erweitertem Hort-Angebot, einem neu gestalteten Saal und Räumen für die Sing- und Musikschule sowie für das Basteln werden wir in ein paar Jahren ein Haus haben, das wir wirklich „Gemeindezentrum“ nennen können.

Bitte beachtet, dass entgegen bisheriger Ankündigungen im April doch eine Distriktssitzung stattfinden wird. Termin wird voraussichtlich am Dienstag, 17. April um 20 Uhr in der Sportgaststätte des TSV Frauenaurach sein. Genaueres dazu wird in der Jahreshauptversammlung besprochen.

Für den Vorstand
Elizabeth Rossiter

Distrikt Innenstadt

Vorsitzender:
Michael Zimmermann
Telefon: 699118
zi-mi@web.de

Liebe Distriktsmitglieder,
wir treffen uns wieder am

24. April um 20 Uhr im Nebenraum der „Kulisse“, Theaterstraße

Diesmal wollen wir uns zunächst schwerpunktmäßig mit der Rolle des Verfassungsschutzes beschäftigen und überlegen, ob man ihn überhaupt braucht – und wenn ja, in welcher Form. Marius wird dazu einführend referieren.

Bei den Distriktsterminen für das kommende Halbjahr hat sich übrigens eine Änderung ergeben: Im Juni treffen wir uns am 12. (und nicht am 5.).

Wir freuen uns wieder auf zahlreichen Besuch!

Für den Vorstand
Michael Zimmermann

Distrikt Ost

Vorsitzender:
Christofer Zwanzig
Telefon: 4003764
christofer@zwanzig-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
hiermit laden wir Euch herzlich ein zu unserer

Distriktsversammlung am Mittwoch, 25. April, 20 Uhr in der Waldschänke (Lange Zeile 104)

Bitte beachtet den aus Raumgründen geänderten Termin!

Vorläufige Tagesordnung

TOP 1	Rückblick auf den Kleinen Landesparteitag
TOP 2	Bevölkerungsstruktur und Wahlergebnisse im Distrikt
TOP 3	Berichte aus dem Stadtteil und dem Stadtrat
TOP 4	Sonstiges

Die nächste Distriktssitzung findet am 22. Mai statt.

Mit solidarischen Grüßen
Christofer Zwanzig und Birgit Hartwig

Protokoll der Jahreshauptversammlung am 21. März

TOP 1: Rechenschaftsbericht
Christofer Zwanzig berichtet zur politischen Arbeit im vergangenen Jahr und legt die Ein- und Ausgaben des Distrikts im Jahre 2011 offen. Es konnten genügend Rücklagen für den nächsten Wahlkampf gebildet werden. Die Revision hat am Kassenbericht nichts zu beanstanden. Der Vorstand wird bei einer Enthaltung entlastet.

TOP 2: Wahlen
Paul Reckmann wurde mit sechs Ja-Stimmen und einer Enthaltung zum neuen Kassier des Distrikts Ost gewählt.

Da sich bisher niemand für das Amt des Schriftführers hatte finden lassen, wird Paul Reckmann als Schriftführer bestimmt.

Zusätzlich zu Andreas Hahn wird Frank-Lothar Krawolitzki in geheimer Wahl einstimmig als Revisor gewählt.

Per Akklamation werden Birgit Hartwig und Christofer Zwanzig als Vertreter des Distrikts Ost im Kreisvorstand nominiert.

TOP 3: Anträge
Christofer Zwanzig stellt einen Antrag über die Veränderung der Arbeitsweise der Antragskommission bei Bundesparteitagen vor. Bisher fassen die Antragskommissionen, welche auch für die Erstellung der Antragsbücher zuständig sind, ähnliche oder zur selben Materie gehörende Anträge zusammen. Durch diesen Arbeitsschritt besteht die Gefahr, dass wichtige Ideen und Anregungen aus den Ortsvereinen untergehen und somit keine Beachtung finden.

In der anschließenden Diskussion wurde sich mehrheitlich für eine stärkere Würdigung der Anträge aus Ortsvereinen ausgesprochen und sich eine intensivere inhaltliche Arbeit der Antragskommissionen gewünscht. Zur Not müssten die Antragskommissionen auf großen Parteitagen eben aufgestockt werden, um die Fülle an Anträgen auch effizient und korrekt bearbeiten zu können.

Christofer Zwanzig wird den vorgestellten und einstimmig angenommenen Antrag an die Kreismitgliederversammlung weiterleiten.

TOP 4: Weitere Arbeitsplanung
Inhaltlich möchte Christofer Zwanzig bei der nächsten Sitzung des Distrikts Ost die Beschlüsse des Landesparteitages in Bamberg zum Thema Wirtschafts- und Finanzpolitik vorstellen.

Zudem sollen die statistischen Daten über die demographische und soziale Beschaffenheit des Stadtgebiets des Distrikts mit den Ergebnissen der letzten Wahl abgeglichen werden. Diese Analyse soll es ermöglichen, die Politik des Distriktes besser auf die Bedürfnisse der hier lebenden Menschen abzustimmen. Des Weiteren erhofft sich der Distrikt hieraus eine leichtere inhaltliche Koordinierung des Wahlkampfs.

Paul Reckmann

Distrikt Süd

Vorsitzende:
Brigitte Rohr

Kontakt:
Dr. Andreas Richter
andreas.m.j.richter@web.de

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
leider hat das Wetter die Genossen davon abgehalten, zur Distriktversammlung zu kommen.

Deswegen konnten die im Januar angesprochenen und zur Debatte stehenden Themen nicht bearbeitet werden.

Diese werden wir in unserer

Jahreshauptversammlung am Mittwoch, 11. April, 20 Uhr im Biergarten am Röthelheim

diskutieren. Dazu laden wir herzlich ein.

Desweiteren steht folgendes auf der **Tagesordnung**:

- Rechenschaftsbericht, Kassenbericht, Bericht der Revisoren
- Planung für 2012

Wir würden uns über zahlreiches Erscheinen freuen.

Für den Vorstand
Brigitte Rohr

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktversammlung (Sondertermin!)
am Dienstag, 10. April, 20 Uhr
Schlossgaststätte

Tagesordnung:
1. Aktuelles
2. Vorbereitung der Bürgerversammlung am 17. April
3. Verschiedenes

Nächste Distriktversammlung: 8. Mai.

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Protokoll der Jahreshauptversammlung am 13. März

Die Einladung zur JHV erfolgte rechtzeitig bereits im Februar-Monatsspiegel. Die im März-Monatsspiegel abgedruckte modifizierte Tagesordnung wird ohne Änderung angenommen.

1. Aktuelles
Rolf berichtet von der Aschermittwochveranstaltung der SPD in Vilshofen, zu der vom Distrikt noch Gertrud und Gert gefahren sind. Die Redebeiträge von Gabriel und Ude waren sehr interessant. Die Veranstaltung ist sehr zu empfehlen.

Gertrud und Rolf waren auf der Veranstaltung der Fraktion für die Ortsbeiräte. Ein wichtiges Thema war die geplante östliche Umgehungsstraße um Eltersdorf. Die Umgehung wird von einer großen Mehrheit der Eltersdorfer Bürger gefordert, da damit eine große Entlastung des enormen Innerortverkehrs erwartet wird. Dagegen ausgesprochen haben sich einzelne Landwirte, die einen weiteren Verlust von Bewirtschaftungsflächen befürchten, zumal Ausgleichsflächen für die S-Bahn gesucht werden [dafür kann aber mittlerweile anderweitig Abhilfe geschaffen werden] und die Ausweisung eines weiteren Baugebiets [Gewerbegebiet?] im Bereich der Umgehungsstraße droht. Der Distrikt Tennenlohe unterstützt die Fraktion in Ihrer Zustimmung zur Umgehungsstraße zur Entlastung von Eltersdorf, sieht aber auch die Gefahr, dass durch die Umgehungsstraße der Autoverkehr über die Weinstraße und durch Tennenlohe weiter zunehmen wird. Ebenso wie die Fraktion wendet sich der Distrikt gegen den Bau des Hüttendorfer Damms.

Der Distrikt Tennenlohe ist auch weiterhin der Ansicht, dass eine Turnhallenerweiterung für den Ort ein Gewinn wäre, sieht aber auch ein, dass eine Doppelturnhalle zurzeit politisch nicht durchsetzbar ist. Da die Bedürfnisse der Schule im Vordergrund stehen, wird vom Distrikt die Arbeit der Fraktion für die Errichtung der Mensa und der Renovierung der Schulturnhalle gewürdigt. Gleichwohl sollte die Nutzung der Mensa für vereinsbezogene oder kulturelle Zwecke ermöglicht werden.

Die Unterstützung der Fraktion für die Errichtung eines von Gertrud beantragten Rodelhügels wird begrüßt.

Der Tennenloher Jugendclub soll nach der Umbauphase wieder eröffnet werden. Das neue Konzept steht noch nicht fest. Eine vorübergehende Teil-Nutzung als Schulmensa für die Ganztagsklasse der Grundschule erscheint aus Ortsbeiratssicht nicht ganz unproblematisch.

2. Bericht des Vorstands
Im Jahr 2011 musste die Tennenloher SPD leider den Tod ihres langjährigen Mitglieds Willibald Friedrich betrauern. Die Mitglieder erhoben sich für eine stille Gedenkminute. Die Mitgliederzahl blieb im Berichtszeitraum trotz einiger weiterer Fluktuationen (Wegzüge, Zuzüge) dank zweier Neueintritte unverändert.

Im Berichtszeitraum März 2011 bis Februar 2012 wurden 11 Distriktversammlungen abgehalten. Es gab zwei Referate, eine Buchbesprechung von Hans Hauer über das Buch „Deutschland schafft sich ab“ und einen Bericht von Gert Büttner über einen Vortrag von Volker Vorwerk zum Bürgerhaushalt in Trier (Beteiligung von interessierten und kompetenten Bürgern im Online-Dialog an der Erstellung des kommunalen Haushalts, bisher in der ausschließlichen Zuständigkeit von Verwaltung und Stadtrat).

2011 gab es viele Aktivitäten zum G6, die vom Distrikt intensiv unterstützt wurden. So wurden drei Tennenloher Boten mit Information zum G6 herausgebracht, Infoblätter verteilt und Infostände am Hugo unterstützt. Im Monatsspiegel erschienen im Vorfeld des Bürgerentscheids einige grundsätzliche Artikel sowie eine Nachbetrachtung. Der Distrikt bedankt sich ausdrücklich für die konstruktive Zusammenarbeit mit und die Unterstützung durch den Erlanger Kreisverband und die Fraktion – trotz manchmal unterschiedlicher inhaltlicher Ansichten.

Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:
Rolf Schowalter
Telefon: 601924
rolfschowalter@t-online.de

Weitere Themen waren neben den unter TOP 1 genannten Sachverhalten ausgewählte Aspekte der Parteireform, der Neujahrsempfang des Ortsbeirats und die Ausarbeitung des SPD-Auftritts in der demnächst erscheinenden Tennenloher Broschüre „Alles Nah – alles Da“, in der Firmen, Vereine, Parteien und kulturelle Einrichtungen vorgestellt werden.

Eine Weinwanderung um Iphofen (März 2011 mit Weinverkostung und Übernachtung) und das traditionelle Gansessen beim Fritz bereicherten die Aktivitäten des Distrikts im letzten Jahr. Geplant ist für Mai eine Wanderung im Fichtelgebirge mit Übernachtung.

3. Neuwahl

Robert Thaler wird einstimmig zum Wahlvorstand ernannt. Nach einigen salbungsvollen Worten (engagierte, vorbildliche Distriktarbeit, Aufruf zu weiterer konstruktiven Zusammenarbeit mit Kreisverband und Fraktion, ...) wird der Antrag auf Entlastung des Vorstands gestellt, der einstimmig angenommen wird.

Es sind 7 wahlberechtigte Mitglieder anwesend. Es werden folgende Wahlen schriftlich durchgeführt:

- 1. Vorsitzende/r: Rolf Schowalter, 7 Ja-Stimmen
- 2. Vorsitzende/r: Gertrud Reich-Schowalter, 7 Ja-Stimmen
- Kassenamt: Gert Büttner, 7 Ja-Stimmen
- Schriftführung: Hans Hauer, 7 Ja-Stimmen
- Beisitzer/innen
  - Ulla Schnapper, 7 Ja-Stimmen
  - Willi Horn, 7 Ja-Stimmen
- Distriktvertreter/innen im KV:
  - Ursula Schnapper, 6 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung
  - Gertrud Reich-Schowalter, 7 Ja-Stimmen
- Revisor/innen:
  - Heidrun Schröder, 6 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung
  - Adolf Most, 6 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

Alle Gewählten nehmen die Wahl an. Von Willi Horn (längere Reise) ging mittlerweile die Annahme online ein.

Als Beauftragte für Mitgliederbetreuung wird Gertrud Reich-Schowalter bestimmt. Ulla Schnapper kümmert sich weiter um die Geburtstagsliste.

4. Sonstiges

Wegen der Bürgerversammlung am 17. April und den dazu notwendigen Vorbereitungen wird die ursprünglich am 17. April geplante Distrikt-Versammlung auf den 10. April vorverlegt.

Der Auftritt des Distrikts in der künftigen Tennenloher Broschüre „Alles Nah – Alles Da“ wird mit letzten kleinen Änderungen angenommen.

Nachdem die Fraktion im Anschluss an das Treffen Fraktion/Distrikte (s.o.) die Ortsbeiratssatzung zugeschickt hat, haben sich einige Unstimmigkeiten bei der Handhabung der Bestimmungen durch die Verwaltung ergeben, der von Fraktionsseite aus nachgegangen wird.

Der nächste Tennenloher Bote soll vor Ostern erscheinen. Themen werden besprochen.

Hans Hauer

Distrikt West

Vorsitzender:
Gerd Peters
Telefon: 44366
gerd.peters-er@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir möchten Euch herzlich einladen zu unserem Treffen im April. Am

Mittwoch, 25. April um 19 Uhr im großen Saal des BSC, Schallershofer Straße 70a

findet gemeinsam mit der SPD-Stadtratsfraktion und dem SPD-Kreisverband ein sogenanntes Stadtgespräch zum Thema statt:

„Wie geht es weiter mit den Erlanger Bädern?“

Es informieren und diskutieren dazu Matthias Exner (Vorstandsmitglied der Erlanger Stadtwerke) und Florian Janik (Vorsitzender unserer Stadtratsfraktion). Feli Traub-Eichhorn wird die Diskussionsleitung übernehmen.

Das Thema hat an Aktualität gewonnen, weil der bauliche Zustand des Hallenbades im Frankenhof sich nachhaltig verschlechtert hat und eine Sanierung fast genauso teuer wird wie der Neubau eines Hallenbades im Stadtwesten.

Nutzt die Gelegenheit zur Information und stärkt die Lobby zugunsten des Westbades!

Im Auftrag des Vorstands
Gerd Peters

P.S.: Bei unserem Märztreffen ging es zum Einen auch um das Thema Westbad. Neben dem Aspekt „neues Hallenbad“ ging es auch um die weiteren Sanierungsschritte für das Freibad. Mit der Bewilligung der Planungsmittel (300.000 Euro) durch den Stadtrat für die notwendige Erneuerung der Wasseraufbereitung (3 Mio. Euro), bei der auch die Planung für ein neues Hallenbad berücksichtigt werden muss, steht die Sanierung des Sprungbeckens an (Kostenschätzung: ca. 5 Mio. Euro).

Zweites Hauptthema waren die Planungsvarianten für die StUB. Zunächst dürfte die Realisierung der Verlängerung der Straßenbahn von Nürnberg in die Südstadt anstehen. Danach könnte die inzwischen weitgehend unstreitige Bahn von Herzogenaurach nach Erlangen anstehen. Bei der Bewertung der Rentabilität spielt die Fahrzeit eine zentrale Rolle ebenso wie die Entlastungsfunktion für den Individualverkehr aus dem Umland. Hieraus resultiert, dass der Stadtwesten vermutlich deutlich weniger von der StUB profitieren wird als erhofft. Eine Trasse Herzogenaurach, Häusling, Adenauerring Nordast, Stutzen Kosbacher Damm und dann Innenstadt/Bahnhof dürfte wahrscheinlich sein.

Liebe Genossinnen,
wir laden daher herzlich ein zur

Jahreshauptversammlung am Mittwoch, 18. April, 20 Uhr im August-Bebel-Haus

Vorläufige Tagesordnung:

1. Tätigkeits- und Rechenschaftsbericht Diskussion
2. Entlastung des Vorstands
3. Neuwahl des Vorstands
   a) Festlegung der Anzahl der Vorstandsmitglieder
   b) Wahl des Vorstands
4. Personalvorschläge
   a) 2 Vertreterinnen im KV (stimmberechtigt)
   b) 1 Vertreterin im GKV (nicht stimmberechtigt)
5. Weitere Aufgabenverteilung (u.a. Frauengruppentreffen, Archiv)
6. Arbeitsplanung für 2012
7. Termine
8. Sonstiges

Für den Vorstand
Hildegard Gröger

Liebe Genossinnen,
wir laden herzlich ein zu einer gemeinsamen Diskussion mit den Jusos

am Mittwoch, 2. Mai, 20 Uhr im August-Bebel-Haus, Sitzungsraum im Keller

zum Thema

Politik für Schwule und Lesben

Wir wollen uns mit der Situation von Schwulen und Lesben und politischen Forderungen in diesem Politikbereich auseinandersetzen und dabei insbesondere die Positionen ihrer Organisationen einbeziehen. Wir freuen uns auf eure Beteiligung und Diskussionsbeiträge.

Für den AsF-Vorstand
Barbara Pfister

AsF

Sprecherinnen:

- Saskia Coerlin
  scoerlin@hotmail.com
- Gunda Gerstenmeyer
- Hildegard Gröger
  Telefon: 502415
- Birgit Hartwig
  Telefon: 55939
  Birgit.Hartwig@web.de
- Jule Mildenberger
  Telefon: 23435
- Barbara Pfister
  Telefon: 502481
  barbara.pfister@fen-net.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
im kommenden Semester treffen wir uns (wenn nicht anders angegeben, um 20:15 Uhr im August-Bebel-Haus):

- Montag, 16. April
- Montag, 30. April
- Mittwoch, 2. Mai um 20 Uhr im ABH zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (Thema: Lesben- und Schwulenpolitik)
- Montag, 14. Mai

Rote Grüße
Munib

Jusos

Vorsitzender:
Munib Agha
munib_agha@hotmail.com

NÜRNBERGER FRIEDENSFORUM

Frieden durchsetzen - gewaltfrei!

Ostermarsch 2012

Samstag, 07.04.2012

Erlangen: 11:00 Uhr Hugenottenplatz, Kundgebung

Ansbach: "Für Frieden und zivile Zukunft
Jetzt erst recht: Solidarität statt Schweigen"
13:30 Uhr Warm up vor der US-Kaserne Katterbach
15:00 Uhr Kundgebung Martin-Luther-Platz
anschließend Ostermarsch durch die Ansbacher Innenstadt
16:00 Uhr Abschluss Martin-Luther-Platz

Montag, 09.04.2012

Fürth: 12:45 Uhr Hiroshimadenkmal im Stadtpark (Nürnberger Str.), nahe Auferstehungskirche (danach mit U-Bahn nach Nürnberg)

Nürnberg Nord-Ost: 13:00 Uhr Olof-Palme-Platz Auftaktkundgebung, (13:45 Uhr Abmarsch)

Nürnberg West: 13:00 Uhr Bärenschanzstraße/Fürther Str. (Blick auf Memorium Saal 600), Auftaktkundgebung

Nürnberg Süd: 14:00 Uhr Kopernikusplatz Auftaktkundgebung

Im Anschluss: Sternmärsche zur **Abschlusskundgebung:**

Nürnberg, vor der Lorenzkirche: 15:00 Uhr

Redebeiträge: **Dr. Peter Schönlein** , Altoberbürgermeister
Angela Rauscher, Nürnberger Friedensforum

Kultur: ***The Iron Shirt,*** *Reggae und Blues*

Anschließend ca. 16:30 Uhr Friedensgebet St. Lorenz

V.i.S.d.P.: Ewald Ziegler, Okenstr. 22, 90443 Nürnberg - www.friedensforum-nuernberg.de - Spenden auf Sonderkonto Ewald Ziegler, Postbank Essen, Kto.Nr. 695292437, BLZ 360 100 43